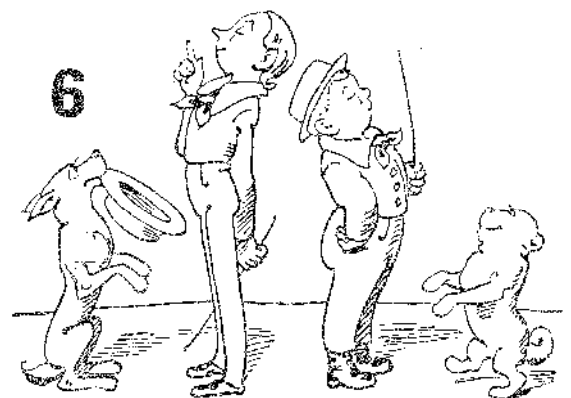
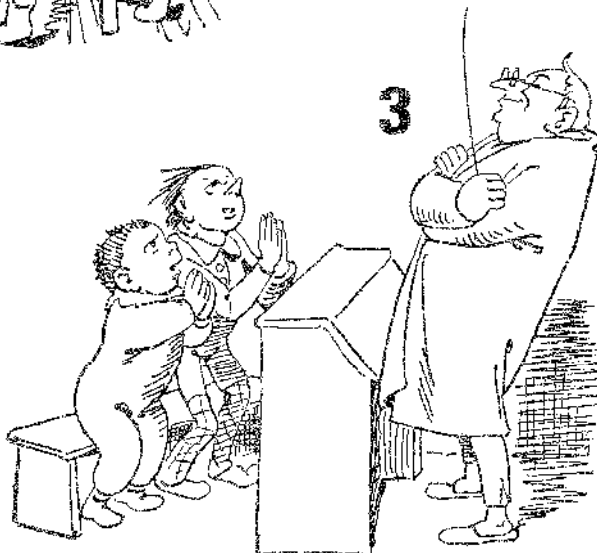
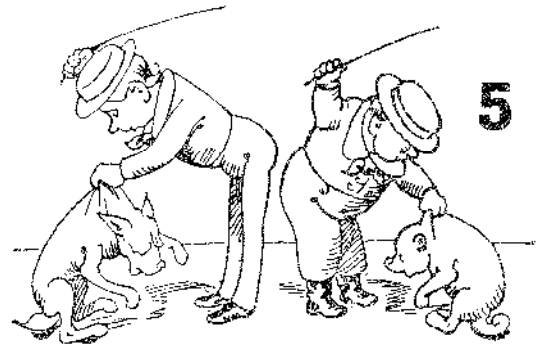
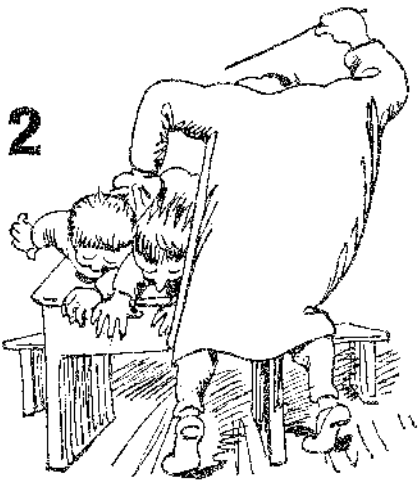
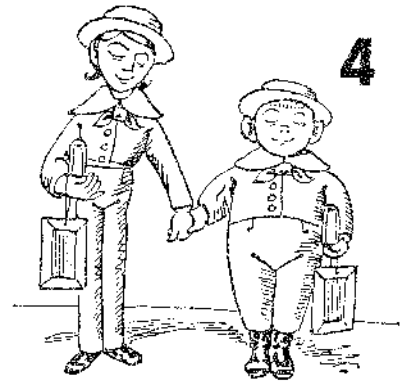
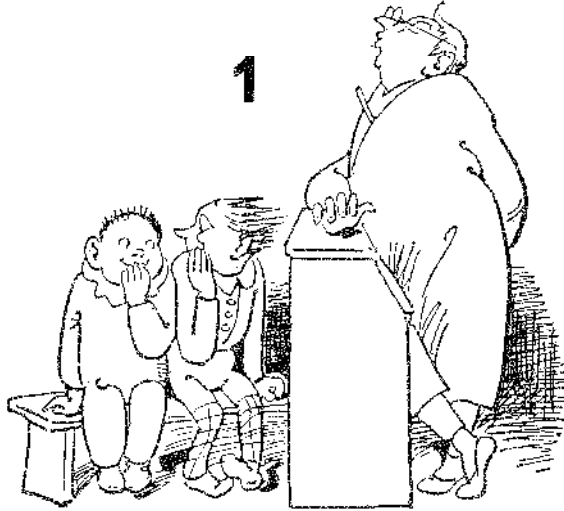


skolast

nummer 1

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - februar 1974 - 19. jahrgang



Diese Nummer beschäftigt sich mit Problemen des Ausbildungssektors und sie möchte zu zeigen versuchen, daß der Ausbildungssektor nicht autark gesehen werden kann, sondern in Relation gesetzt werden muß zur Produktion und Reproduktion des Kapitals und zur gesamtgesellschaftlichen Situation.

Das soll ganz allgemein in zwei Artikeln gezeigt werden und im besonderen soll dann auf spezifische Probleme (wie z.B. Versuch einer kritischen Information über das Supplementengesetz, Kritik der Programme für die Lehramtsprüfungen) eingegangen werden. Es wird also darauf ankommen, die Artikel in Verbindung zueinander zu lesen.

Die nächste Nummer soll sich mit der Problematik der Universitätsfrage befassen. Bis jetzt sind folgende Artikel vorgesehen:

1. Trennung der geistigen — manuellen Arbeit mit den Implikationen, die eine solche Trennung für die Gesellschaft hat und zweitens mit den Implikationen, die eine solche Trennung für Reformvorstellungen einer Universität hat.

2. Streifzug durch die Bildungsdiskussion.

3. Universität und Territorium.

4. Massenschule in Italien.

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Walter Föll

39100 Bozen, Zerastraße 3

Anna Kusstatscher

39040 Villanders, St. Moritz 67

Sepp Kusstatscher

39040 Villanders, St. Moritz 67

A. Lanzinger

39100 Bozen, Münzbankweg 19

Elmar Locher

39050 St. Pauls, Missianer Straße 5

Dr. Roland Mailänder

39012 Meran, Brennerstraße 5-a

Klaus Reider

39100 Bozen, Schießstandweg 9

Karl Schwiabacher

39016 St. Walburg/Ullten, Waldecke 281

Gottfried Solderer

39100 Bozen, Duca-D'Aosta-Straße 43-25

Franz-Josef Spinell

39100 Bozen, Drususstraße 76-B

Elmar Waibl

1050 Wien, Arbeitergasse 42-6-15

Ausbildungssysteme und Wirtschaft

1. Geht man davon aus, daß die Anomalie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie sich finden lasse, so wird über das Ausbildungssystem nicht als ein autarkes gehandelt werden können, sondern es wird in Funktion zu dieser politischen Ökonomie gesehen werden müssen. Dieses Funktionsmodell des Ausbildungssystems wird angebbbar in den Kategorien „a) Erziehung- und Kommunikationsfunktion des Ausbildungssystems; b) sozialpolitische Funktion des Ausbildungssystems; c) politische Funktion des Ausbildungssystems; d) ökonomische Funktion des Ausbildungssystems“.

Da die reale Basis der Gesellschaft die der politischen Ökonomie darstellt, wird das Hauptgewicht auf den unter d) genannten Punkt gelegt. Da die Gesellschaft die des Spätkapitalismus, Monopolkapitalismus oder Staatsmonopolkapitalismus ist, wird man sich auf diese Funktion und auf deren Widersprüche einlassen müssen.

Wie die Verbindung Ausbildungssystem-Produktionssystem gesehen werden könnte, möchte ich am Beispiel der BRD zeigen.

Nach 1945 leitete sich die Kapitalakkumulation in Westdeutschland hauptsächlich von einer quantitativen Ausdehnung des Produktionsbereiches ab und die Qualifikationsstruktur der Arbeiter war einer entwickelten Industriegesellschaft angemessen. Die Verwertung von Wissenschaft und Technik stand im Kapitalverwertungsprozeß nur am Rande. Ganz bestimmte Engpässe in der Expansion der Wirtschaft konnten von der spezifischen Besonderheit Deutschland gelöst werden, da man hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der DDR beziehen konnte und auch Arbeitspotential aus den rückständigen Bereichen, wie Landwirtschaft, bezogen werden konnte und da die Produktionskapazität in ausreichender Weise vorhanden war. Das änderte sich, als die Vollbeschäftigung erreicht war und man aus der DDR kein Arbeitspotential mehr beziehen konnte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war einsichtig, daß zwischen der Verwertung von Wissenschaft und Technik im Produktionsprozeß und der notwendigen Expansion ein Zusammenhang bestehen müsse. Man ging also von einer kapitalespansiven zu einer kapitalintensive Produktionspolitik über. Über den Zeitraum dieses Überganges divergieren die Angaben, aber es kann ausgemacht werden im Zeitraum 1955–1962. Diese Expansionskrise, in der gleichzeitig eine Bildungskrise ausgemacht werden konnte, wurde von Georg Picht als Bildungskatastrophe

1961 ausgemacht. „Picht hatte Prognosen ausgewertet, die die OECD 1963 für die Entwicklung des Bildungswesens in einer Reihe von Ländern aufgestellt hatte. Was die Bundesrepublik angeht, waren die Resultate deprimierend. Für den Zeitraum von 1959 bis 1970 errechnete die OECD eine Steigerung der Abiturientenquote von 31.400 auf 33.300, also um weniger als 4 Prozent. Für andere Länder wurden zumindest Steigerungsraten von 100 Prozent prognostiziert. Picht kam angesichts dieser Zahlen zum Schluß, daß das deutsche Bildungswesen vor dem Zusammenbruch stehe und kreierte die deutsche Bildungskatastrophe. Sollten sich die Prognosen bewahrheiten, dann werde die Bundesrepublik in naher Zukunft auch wirtschaftlich und politisch nur noch eine untergeordnete Rolle spielen“.

Daß diese Bildungskatastrophe sich nicht als solche erwiesen hat, sondern daß im Wintersemester 1973 36.000 Abiturienten nicht weiterstudieren konnten, reflektiert nur eine Irrationalität des „planenden“ Spätkapitalismus. Aber auch Picht verwies (also) auf die Verbindung von Bildung, Politik und wirtschaftlicher Entwicklung.

Beschränkte sich Anfangs in der zweiten Phase (1955–1962) die Bildungsökonomie auf eine quantitative Expansion der Hochschulen, so ging man später auf das qualitative über, auf die „verstärkte Bereitstellung von Forschungsergebnissen, die in Produktionstechnologien umgesetzt werden können“.

Welche Vorstellungen man jetzt davon hat, wie sich diese Forschungsergebnisse in Produktionstechnologien umsetzen sollen, davon geben Aufschluß die Reformvorschläge, die in die Rahmenrichtlinien und in die Hochschulrahmengesetze gekommen sind oder kommen sollen. „Die Studenten sollen lernen — so testeten die Reformen —, das betriebliche System der naturwissenschaftlichen Prozesse, technischen Abläufe und sozialen Strukturen so zu rekonstruieren, daß die zukünftige Arbeit unter dem Gesichtspunkt der fachlichen Qualifikation, der Stellung zu den Produktionsmitteln, des Verhältnisses zu unmittelbaren Vorgesetzten und Untergebenen gesehen wird. Das Fachstudium orientiert sich eng an den typischen Sparten der chemischen Industrie, die Wascämiele, Farbstoff-, Kunststoff- und Chemikalienproduktion“.

Nicht nur Naturwissenschaften orientieren sich an diesen Gegebenheiten, sondern auch die neue Mathematik und die Linguistik: die neue Mathematik und Linguistik als Zeichen der Ver-

wissenschaftlichung des Arbeitsplatzes. „Darüber hinaus kommt der neuen Mathematik wie angedeutet eine bedeutende ideologische Funktion zu. Nicht nur ist ihr Strukturbegriff grundlegend für das mathematisch-naturwissenschaftliche Denken, vielmehr vermittelt sie vor allem eine Gegenideologie oder wie diese selbst sich deklariert, ein Gegenbild zu den Ideologien. Das Ideal der sauberen, abgesicherten Wissenschaftlichkeit ist vor allem für diejenigen Arbeitskräfte wichtig. Sie aufgrund ihrer Qualifikation und ihrer Stellung in der Produktion die Möglichkeit zu deren Kontrolle haben; es soll sie immunisieren gegenüber allen kritischen Reflexionen, die sie Ideologien abqualifiziert werden.“

Daß diesen neuen Produktionsstrukturen auch neue „Tugenden“, die die alten ablösen, entsprechen müssen, ist klar. Es sind Mobilität und Diszipliniertheit, Verinnerlichung des Leistungsprinzips, Sachorientierung usw.

Daß neue Forderungen an das Ausbildungssystem ohne Widersprüche in dieses selbst eingehen, rechnet nicht mit den Widersprüchen im Produktions- und Reproduktionsprozeß selbst, denn hier treffen kurz- und langfristige Interessen des Kapitals aufeinander, Widersprüche treten auf zwischen kleinen, mittleren und großen Kapitalen und in die Bildungspolitik des Staates gehen diese Widersprüche ein. Der Staat, der als idealer Gesamtkapitalist handelt, bleibt ebenfalls in diesen Widersprüchen verfangen, denn „auf der einen Seite verstärkt sich die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen, die zur Qualifizierung der Ware Arbeitskraft notwendig sind, auf der anderen Seite werden jedoch die erforderlichen Investitionen aufgrund der angedeuteten Zusammenhänge nur begrenzt vorgenommen“.

2. Italien

Hier soll nur angedeutet werden, daß die spezifischen Probleme Italiens die einer Massenschule sind, und insofern auf spezifische Weise die polit-ökonomische Situation widerspiegeln.

„Il numero dei laureati che trova lavoro nell'industria in attività corrispondenti alla competenza è quasi uguale a quello del 1950 (25.000/30.000). Intanto all'università ci sono 250.000 nuovi iscritti“.

Ein Problem liegt also darin, daß in den Produktionsbereichen der Kapitalverwertung nicht in zureichender Weise die qualifizierten Fachkräfte eingebaut werden konnten. Das Übergreifen von Forschungsergebnissen in Produktionstechnologien scheint hier also noch nicht zum beherrschenden Moment geworden zu sein. Immer noch

Alberoni: „Resta tuttavia il fatto dell'incredibile (per noi) capacità di assorbimento del sistema economico americano in paragone al nostro. Incredibile ho detto perché se gli Stati Uniti hanno continuamente aumentato, nel corso degli ultimi decenni, la componente scientifica tecnica della loro economia, in Italia invece questa componente è percentuale di diminuita e ciò soprattutto nell'ultimo decennio. L'industria italiana ha perso la corsa alla competizione internazionale in tutti i fondamentali settori industriali (da quello nucleare a quello dell'elettronica e in molti settori della chimica (vicende Montecatini), dell'elettromeccanica all'aerospaziale, per ridursi sempre di più a raffinare il petrolio e a produrre beni di consumo finali sempre meno competitivi. I nostri partiti, movimenti e governi, presi fra il clientelismo e i fini ideologici opportunisti, non sono riusciti a sviluppare una aggressiva politica di sviluppo economico appoggiata da una tecnologia moderna.“

Dieses etwas längere Zitat belegt in eindringlicher Weise wie Zusammenhänge zwischen dem Ausbildungssystem und der ökonomischen Entwicklungstendenz der Gesellschaft zu sehen sind, bzw. wie die Nichtentwicklung der letzteren auf die erstere zurückwirkt und sei es auch nur, daß man den numerischen Ausdruck davon im sogenannten Akademikerproletariat hat, das selbst dem bonjourtesten Auge nicht entgehen kann.

Wie es also auf der einen Seite zu einer Banalität geworden ist (so glauben wenigstens manche Theoretiker) zu sagen, daß durch das Ausbildungssystem Produktionstechnologien zu entwickeln sind, so gehört es ebenso zur Organisation unserer Gesellschaft, daß sie zur höchst entwickelten Industriestruktur gleichzeitig die Unterentwicklung liefern muß. Dieser Prozeß findet im Ausbildungssystem seinen Niederschlag, indem es das Proletariat als arbeitendes für den Produktionsprozeß durch die selektiven Bildungsinstanzen ausscheidet. Da diese Selektierten aber gleichzeitig eine Gefahr für den sozialen Frieden darstellen, wird es Aufgabe des so konzipierten Systems sein, hier die Regulationsmechanismen zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in das System selbst einzubauen. Der Schule kommt also nicht ausschließlich die Funktion zu, als Parkplatz der Ware Arbeitskraft zu dienen, d.h.: „In dieser Periode (1960-1968) ist die Anzahl der Beschäftigten in den Altersklassen zwischen 14 und 29 Jahren um 1.100.000 zurückgegangen. In der selben Zeit und in den selben Altersklassen ist jedoch auch die Arbeitslosenquote zurückgegangen. Die Frage, die sich stellt, ist folgender: da auf der einen Seite die Anzahl der Beschäftigten stark zurückgeht, andererseits aber auch die Anzahl der Arbeitslosen zurückgeht... Wo bleiben die Jugendlichen? Die Antwort ist eindeu-

tig: dem Rückgang der Beschäftigungsquote entspricht in den selben Jahren ein deutliches Anwachsen der Schulbevölkerung auf allen Ebenen.“ Durch die Schule sollen systemstabilisierende Ideologien vermittelt werden.

Da die Industrie nahezu immer noch gleichviel qualifizierte Fachkräfte aufnimmt wie 1950, kommt es notwendigerweise zu einer Hypertrophie des tertiären Sektors, da diese laureati eine Stellung als Staatsangestellte, sei es als Verwaltungsangestellte im öffentlichen Dienst oder als Lehrer in unteren und höheren Schulen, anstreben. Wie genau hier die Ansprüche des Staates sich zeigen, könnte das Gespräch mit Mailänder ergeben und wie hier die Ansprüche der reaktionären Kapitalfraktion eingehen, könnte die Kritik von Alma Lanzinger zeigen, die sie den Programmen der Corsi abilitanti und den concorsi gegenüber macht.

3. Südtirol

Diese Nummer geht auch auf die Branner Supplentenkurse und auf das Supplentengesetz ein. Um es vorweg zu sagen, diese Kurse und das Gesetz und vor allem letzteres, sind — meiner Meinung nach — juridischer Ausdruck einer widersprüchlichen Situation, die in den Kontext, den ich oben zu unreißen versucht habe, eingeordnet werden muß und die auf die reaktionärste Weise gelöst wurde. Geschenkt seien die Argumente einer objektiven Notlage. „Mangel akademischer Lehrkräfte müssen an den deutschen und ladinischen Pflichtmittelschulen ca. 90 Prozent der Stellen durch Supplenten, die im Großteil nur im Besitze eines Maturadiploms sind, besetzt werden. Aus Berechnungen des Landesassessorates für Schule und Kultur und des Landesschulrates ergibt sich, daß der laufende akademische Nachwuchs der Südtiroler Lehrkräfte trotz Erleichterungen durch Weckstudentenkurse auch nach 10 Jahren noch nicht ausreichen wird, um alle verfügbaren Stellen mit akademischen Lehrkräften zu besetzen.“ Geschenkt seien die Argumente, die sich als Verbesserung der Lage für diese Supplenten, die bald keine mehr sind, ausgeben. Denn gibt es nicht noch Supplenten, die ihre Krankheit aufs äußerste rationalisieren müssen, um nicht entlassen zu werden? Die Humanität der SVP scheint einen beschränkten Radius zu besitzen. Diese Politik der Bevorzugung von partikularen Interessen ist eine reaktionäre, weil sie unkritisches Potential in die Schule bringt und weil sie die einzige Lösung aus Partikularinteresse nicht bereit ist zu liefern: die Universität. Diese Politik ist nicht nur reaktionär, sondern auf eine bestimmte Öffentlichkeit spekulierend, wenn sie an selbst verschuldeten Zuständen und Widersprüchen die eigene Humanität erprobt durch Lösungen, die diese Widersprüche noch potenzieren. Man komme nicht mit dem Argument, der Staat ha-

be keine regulären concorsi ausgeschleichen und man mußte also Sondergesetze einbringen. Man komme deshalb nicht mit diesem Argument, weil hier ein zugegeben objektives Versagen ausgegützt wird zu sehr subjektiv reaktionärer Verschleierungsstrategien. Senator Brugger spricht in bezug auf das Supplentengesetz von einer Odyssee, nur daß sich hier unter Südtiroler Voraussetzungen das Epos mit Totenlebensreaktion zur Farce gewandelt hat, wird verschwiegen. Eine Odyssee setzt immerhin einen Odysseus voraus und von unserem Odysseus dürfte gelten, wenn man sich die Selbstherrlichkeit des Verahrens ansieht, was Nestor schmerzvoll von Hektorines karikiierend gesagt hat: „Ich bin der Glanzpunkt der Natur, noch habe ich keine Schlacht verloren, ich bin die Jungfrau unter den Feldherren, ich möchte mich einmal mit mir selbst zusammenheften, nur um zu sehen, wer der Stärkere ist, ich oder ich.“ Dieses war zu mindest bis zu den letzten Wahlen ein durchaus legitimer Wunsch unseres Odysseus. Odysseus, gezwungen, zwischen Scylla und Charybdis zu wählen, wählt ein Bildungsprogramm in Lederhosen, das er sich umbindet und mit dem er eine Zeitlang zu schwimmen versucht.

Eimar Locher

¹ Masch, Michael, Politische Ökonomie der Ausbildung, romo 1972, S. 27

² Dies soll der Artikel von Reider liefern

³ Ich folge hier Masach, Monika Schmidt: Der müßige Gesamtschüler — Ein Mädel des Kapitals? In: Zeitschrift Erziehung, 8, 3. Jahrgang, 1972, S. 32-33 und Maas/Wunderlich: Pragmatik und sprachliches Handeln, Frankfurt 1973, S. 6-47

⁴ Masach, S. 9

⁵ Monika Schmidt, S. 34

⁶ DER SPIEGEL Nr. 46/1973, S. 62

⁷ Maas/Wunderlich, S. 24

⁸ Schmidt, S. 35

⁹ Francesco Alberoni, in: R. Lombardo, vom 23. 9. 1973, S. 8

¹⁰ Mario Miegge: Kapitalistische Entwicklung und Langzeitschule in: Wer verändert die Schule? romo 1973, S. 30

¹¹ Wer verändert die Schule, S. 35

¹² Brugger in: DOLOMITEN vom 18./19. 8. 1973, S. 5

Gesellschaft und Schule

Skizze zu einer materialistischen Analyse des Ausbildungssektors

Kurz vorausgeschickt werden soll, was der folgende Aufsatz nicht sein kann. Es handelt sich dabei weder um eine systematische Darstellung des Zusammenhanges von Schule und Gesellschaft, noch um eine soziokulturelle Aufarbeitung einer politischen Ökonomie des Ausbildungssektors; ebenso erfolgt keine Anwendung der angelegten Kategorien auf die spezifische Situation Südtirols. Dies kann und muß vielmehr erst die Arbeit eines Kollektivs sein, zu der die folgenden Ausführungen lediglich einen Beitrag leisten wollen.

Im ersten Teil des Aufsatzes wird die Funktion des Ausbildungssektors im Kapitalismus angedeutet, wobei selbstverständlich nur auf die allgemeinsten Voraussetzungen der materialistischen Gesellschaftstheorie zurückgegriffen werden kann; im zweiten Teil werden die Widersprüche des Ausbildungssektors und ihre konkrete Äußerung am Beispiel der Massenschulen in Italien analysiert. Die Ausführungen stützen sich auf einen Teil der zu dieser Problematik vorhandenen Literatur, die im Anhang referiert wird.

1. Teil

Die Funktion des Ausbildungssektors im Kapitalismus

Eine Untersuchung der Funktion des Ausbildungssektors im Kapitalismus kann nur auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Interessen erfolgen. Das Bildungswesen ist kein von der gesellschaftlichen Realität isolierter Bereich, sondern steht in enger Beziehung zu den in den Produktionsverhältnissen wurzelnden Widersprüchen. Die Beschreibung dieses Zusammenhanges bildet den ersten theoretischen Ansatzpunkt, von dem aus alle idealistischen Anschauungen über das Wesen und die Funktion des Ausbildungssektors kritisiert werden können und müssen. Aus der Sicht des historischen und dialektischen Materialismus stellt sich dieser Zusammenhang folgendermaßen dar:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, vorauf sich ein juristischer und politischer Oberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der

Menschen, das ihr Sein bestimmt, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, Karl Marx).

Indem Karl Marx zu den einfachsten und ursprünglichsten Beziehungen in der Gesellschaft, zu den Produktionsverhältnissen, vorstößt und zeigt, daß der Gang der Ideen, aus denen heraus die politischen und rechtlichen Institutionen der Gesellschaft geschaffen werden, abhängig ist von den sich im ökonomischen Bereich abspielenden Prozessen, liefert er eine in sich schlüssige Erklärung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die von Marx im „Vorwort“ formulierte Hypothese ermöglicht eine streng wissenschaftliche Stellungnahme zu allen geschichtlichen und sozialen Fragen (Lohn).

Der Ausbildungssektor besitzt keine eigene Geschichte; die Veränderungen in der Struktur und Organisation des Ausbildungssektors sind bedingt durch die Veränderungen an der gesellschaftlichen Basis und können daher nur bezogen auf diese untersucht und interpretiert werden.

Jede gesellschaftliche Formation muß, um produzieren zu können, die Bedingungen der Produktion reproduzieren; zu den Bedingungen der Produktion zählen die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse.

Die Reproduktion der materiellen Bedingungen der Produktion stellt sich dar als die Reproduktion der Produktionsmittel (Rohstoffe, Anlagen, Maschinen usw.). Diese erfolgt außerhalb der einzelnen Fabrik (andere Kapitalisten produzieren die notwendigen Anlagen, Maschinen usw.); ebenso erfolgt die Reproduktion der Arbeitskraft außerhalb der Fabrik.

Die Reproduktion der Arbeitskraft wird garantiert durch den Lohn, den

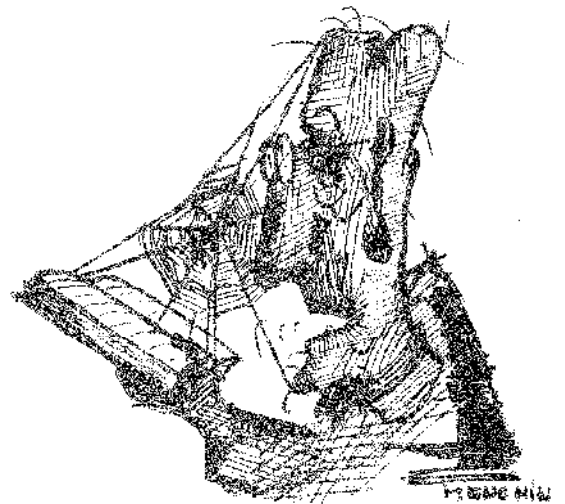
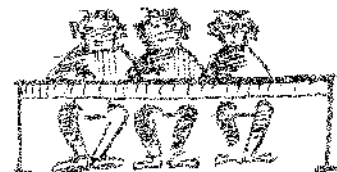
der Arbeiter vom Kapitalisten erhält. Der Lohn ist die Bedingung für die materielle Reproduktion der Arbeitskraft; er ist Teil des im Produktionsprozeß geschaffenen Wertes. Für den Kapitalisten genügt jedoch die materielle Reproduktion der Arbeitskraft nicht, diese muß nämlich alle jene Fähigkeiten und Eigenschaften besitzen, die eine optimale Anwendung im kapitalistischen Produktionsprozeß ermöglichen. Die Qualifizierung der Arbeitskraft erfolgt daher so, daß sie dem jeweiligen historischen Stand der Arbeitsteilung angepaßt ist und auf den verschiedensten Ebenen im Produktionsprozeß eingesetzt werden kann.

In den dem Kapitalismus vorhergehenden gesellschaftlichen Formationen erfolgte die Qualifizierung innerhalb der Produktion selber. Die geschlossene Hausgemeinschaft war Konsumtions- und Produktionsstätte gleichzeitig. Erst aufgrund der Entfaltung der Produktivkräfte und der damit notwendigen verbundenen Arbeitsteilung wurde die Qualifizierung der Arbeitskraft zum gesellschaftlichen Problem.

In der kapitalistischen Gesellschaft garantiert der gesellschaftliche Überbau die Reproduktion der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Der Staat, von dem auch der Ausbildungssektor größtenteils abhängig ist, erfüllt, bezogen auf den realen Produktionsprozeß, die von dem jeweiligen historischen Stand der Produktivkräfte erheischte Qualifikation der gesellschaftlichen Individuen; in Hinblick auf den politisch-kulturellen Überbau besorgt er die Verinnerlichung der herrschenden Normen als die Normen der Herrschenden.

Die in den meisten Köpfen vorherrschende Staatsillusion beruht auf einem falschen Verständnis der Rolle des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft. Es stimmt nicht, daß der Staat

Der Lehrer



eine neutrale, über den Klassen stehende Instanz ist und die Aufgabe hat, zwischen den Klassen zu vermitteln. Das Gegenteil ist der Fall. Die Geschichte zeigt, daß der Staat immer die Interessen der herrschenden Klasse vertritt und daß er diese gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes wendet.

„Der Staat ist ein Produkt der Gesellschaft auf einer bestimmten Entwicklungsstufe: er ist das Frageobjekt, daß diese Gesellschaft sich in einem unlösbaren Widerspruch mit sich selber verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie unmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstrebenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in truchlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpft, innerhalb der Schranken der Ordnung halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“ („Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, Engels).

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zustand zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die mittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse“ (Engels).

Der Klassencharakter des Staates zeigt sich daran, daß der Staat den Staatsapparat dazu einsetzt, die Interessen der herrschenden Klasse zu verteidigen. Er bedient sich dabei repressiver Mittel: zu diesen repressiven Mitteln des Staates gehören die Polizei, das Heer, die Gefängnisse usw. Aber der Staat verfügt noch über eine Reihe ideologischer Institutionen, die ebenso die Interessen der herrschenden Klasse wahrnehmen. Zu diesen ideologischen Institutionen gehört die Schule.

Der Staat ist eine klassenbedingte Erscheinung und dient der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen. Einerseits nimmt der Staat seine Aufgaben hinsichtlich der Verteidigung der Interessen der herrschenden Klasse in offener repressiver Form wahr, andererseits bewirkt er dasselbe durch die ideologische Anpassung an die Normen der herrschenden Klasse.

Um das zu verdeutlichen, muß kurz auf den kapitalistischen Produktionsprozeß und den sich daraus ableitenden Erfordernissen bezüglich der Erziehung eingegangen werden. Die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums erfolgt im Kapitalismus unter den Voraussetzungen einer Klassengesellschaft. Der Arbeitsprozeß weist unter kapitalistischen Bedingungen „zwei

eigenförmliche Phänomene“ („Kapital“, Marx) auf:

Erstens arbeitet der Arbeiter unter Kontrolle des Kapitalisten. „Der Kapitalist prüft auf, daß die Arbeit ordentlich vorstatten geht und die Produktionsmittel zweckmäßig verwendet werden, also kein Rohmaterial vergeudet und das Arbeitsinstrument geschont... wird“ („Kapital“).

Zweitens ist das Produkt des Arbeitsprozesses Eigentum des Kapitalisten. „Von dem Augenblicke, wo (der Besitzer der Arbeitskraft) in die Werkstätte des Kapitalisten trat, gehörte der Gebrauchswert seiner Arbeitskraft dem Kapitalisten. Der Kapitalist hat durch den Kauf der Arbeitskraft die Arbeit selbst als lebendigen Gärungsstoff den Leuten, ihm gleichfalls gehörenden: Bildungselementen des Produktes einverleibt. Von seinem Standpunkt ist der Arbeitsprozeß nur die Konsumtion der von ihm gekauften Ware Arbeitskraft, die er jedoch nur konsumieren kann, indem er ihr Produktionsmittel zusetzt. Der Arbeitsprozeß ist ein Prozeß zwischen Dingen, die der Kapitalist gekauft hat, zwischen ihm gehörigen Dingen. Das Produkt dieses Prozesses gehört ihm daher ganz ebensosehr, als das Produkt des Gärungsprozesses in seinem Weinkelner“ („Kapital“).

Drittens bedeutet dies vom Standpunkt des Lohnarbeiters aus, daß sein Arbeitsvermögen als Ware, die von ihm an den Kapitalisten zu dessen Gebrauch verkauft wird, ihm nunmehr als Mittel erscheinen wird, die eigenen Lebensbedingungen gewährleisten zu können. Die Qualifikation wird damit tatsächlich zu einem Mittel zur Leistung konkreter Arbeit in einem kapitalistischen Produktionsprozeß, dessen Zweck die Verwertung des vom Kapitalisten vorgeschobenen Kapitals ist. Sie wird damit im kapitalistischen Produktionsprozeß zur Qualifikation für den Kapitalisten, nicht für den Arbeiter (E. Altwater, „Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors“).

Das hauptsächlichste Interesse des Kapitalisten besteht in der Steigerung des Mehrwertes; diesem Interesse wird die Qualifikation der Ware Arbeitskraft untergeordnet. Daher erfüllt die Erziehung, bezogen auf den realen Produktionsprozeß, die von dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte erheischte Qualifikation der gesellschaftlichen Individuen.

Die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft und die damit verbundene Erhöhung der Arbeitsproduktivität liegt im Interesse des Kapitals, weil sie durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit die Mehrarbeitszeit und deren Ertrag, den Mehrwert, vergrößert. Eine Verbesserung der Erziehung als Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist also vom Kapital erwünscht.

Die Erziehung ist in der kapitalistischen Gesellschaft völlig dem Profitinteresse des Kapitals untergeordnet.

Die Steigerung der Produktivkräfte ist die Methode die das Kapital zur Produktion des relativen Mehrwertes anwendet und in Verbindung mit der Intensivierung des Arbeitsprozesses so forciert, daß in relativ kurzer Zeit die kleinen, zersplitterten, nur von Einzelpersonen anwendbaren Produktionsinstrumente der vorkapitalistischen Produktionsweise zu den gigantischen, nur von der Gesellschaft anwendbaren und in den Riesenbetrieben der modernen Großindustrie konzentrierten Produktionsinstrumenten entwickelt werden. Diese Entwicklung vollzieht sich auf der Grundlage einer immer stärkeren Anwendung großer Teile der Naturwissenschaften in der Produktion und der Zusammenfassung dieser Teile in einer besonderen wissenschaftlichen Disziplin, der Technologie. So entsteht bereits im Kapitalismus die Notwendigkeit, für die in mittleren und höheren Stellen mit der Leitung des kapitalistischen Produktionsprozesses beauftragten Personen den Umfang der Allgemeinbildung durch Einbeziehung naturwissenschaftlicher Disziplinen zu erweitern und eine daran anschließende technologische Spezialausbildung zu schaffen. Aber auch die Infolge der kapitalistischen Arbeitsteilung von den geistigen Potenzen des Produktionsprozesses weitgehend getrennten Werktätigen müssen veränderte Arbeitsmethoden anwenden und immer komplizierter werdende Arbeitsmittel handhaben; auch sie bedürfen deshalb einer gewissen Erweiterung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten, wenn ihre Unwissenheit und Ungeschicklichkeit die Steigerung der Produktivkraft nicht hemmen sollen. Auf diese Weise kommt es schon unter kapitalistischen Verhältnissen zu einer Verbesserung des Erziehungswesens. In den Inhalt der Schullehrpläne wird die Vermittlung elementarer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse aufgenommen. Diese Verbesserung läßt sich jedoch in den Grenzen des unbedingt notwendigen Minimums, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verhindern es, daß die von den hochentwickelten Produktivkräften ausgehende Forderung nach ebenso entwickelten Menschen — die ja übrigens den subjektiven persönlichen Bestandteilen der Produktivkräfte bilden — erfüllt wird (H. Karras, „Grundgedanken der sozialistischen Pädagogik in Karl Marx' Hauptwerk ‚Das Kapital‘“).

Die von Marx im Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ aufgestellte Hypothese hinsichtlich gesellschaftlicher Weiterentwicklung und sozialer Revolutionen bewahrheitet sich somit auch für den Ausbildungssektor. „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bis jetzt bewegt

hatten. Aus Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein."

Das schon unter den Voraussetzungen des Kapitalismus entstehende gesellschaftliche Bedürfnis nach einer allseitigen Entwicklung des Menschen wird im entfakten Kapitalismus zur Karikatur, weil die aus dem Profitinteresse resultierende Anwendung der Ware Arbeitskraft ihre Entfaltung verhindert. Während die Steigerung der Produktivität der Ware Arbeitskraft den relativen Mehrwert des Kapitalisten vermehrt, erzeugt sie auf der anderen Seite Abstumpfung, Monotonie und Entfremdung. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die daraus abgeleitete Organisation des Arbeitsprozesses verhindert die volle Entfaltung der Persönlichkeit; somit werden sie zu Hindernissen für eine volle Verwirklichung des Menschen. Dies ist erst in einer herrschaftsfreien Gesellschaft möglich.

Die Erziehung leistet nicht nur die Qualifikation der Ware Arbeitskraft, sondern sie besorgt ebenso die Verinnerlichung der herrschenden Normen.

Die Bourgeoisie als die den Produktionsprozess beherrschende Klasse verfügt noch über die Institutionen des Überbaus, die sie ihren Interessen gemäß einsetzt.

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideale Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse“ („Die Deutsche Ideologie“, Marx)

Auf dem Umweg über die Schule erfolgt die Anpassung breiter Volksschichten an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse; diese Anpassung bringt den Kindern der herrschenden Klasse die Vorteile und Vorrechte ihrer Klasse, die Kinder der unterdrückten Klasse aber werden an die Zwangsbedingungen ihrer Existenz „angepaßt“. Die Erziehung ist nicht ein Element der sozialen Gleichheit, sondern vielmehr ein Element der bürgerlichen Gesellschaftshierarchie. Zugeständnisse der herrschenden Klasse an die Lage der unterdrückten Schichten sind nicht der Freizügigkeit oder dem guten Willen der Bourgeoisie zuzuschreiben, sondern sie sind immer ein Ergebnis der ökonomischen Notwendigkeiten, die wiederum nur die jeweiligen Interessen der herrschenden Klasse ausdrücken. Chancengleichheit, umfassendere Allgemeinbildung usw. müssen solange leeres Geschwätz

bleiben, als sie auf der im Produktionsprozess wurzelnden Ungleichheit aufbauen. Der Zugang breiter Volksmassen zur Bildung und deren gesetzliche Verankerung durch den bürgerlichen Staat ist nichts anderes als ein notwendiges Element der Produktion und erfüllt die Aufgabe, willige, d.h. angepaßte Arbeitskräfte heranzubilden. Die den Kindern unterprivilegierter Schichten zuzuführende Bildung wird niemals höher oder vielseitiger sein als es die Interessen der kapitalistischen Produktion erfordern.

Erziehung fesselt die Arbeiterklasse im Sinne des Bürgertums in nachhaltiger Weise ans bürgerliche System.

„Es ist nicht genug, daß die Arbeitsbedingungen auf den einen Pol als Kapital treten und auf den anderen Pol Menschen, welche nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Es genügt auch nicht, sie zu zwingen, sich freiwillig zu verkaufen. Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit, die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt“ (Kapital, Marx).

„Was in Wahrheit gewaltsam erzwungene Ausbeutung ist, wir wissen es, soll (den Arbeiterkindern) ein freiwillig dargebrachtes Opfer der Liebe erscheinen. Sie sollen Mehrwert leisten, aber sie sollen es gern tun aus innerem Liebeszwang“ („Sisyphos oder Die Grenzen der Erziehung“, Bernfeld).

Große Bedeutung erhalten in diesem Zusammenhang die Sozialisationsmechanismen und Erziehungspraktiken der Schule, die die Verinnerlichung bürgerlicher Verhaltensweisen und systemkonformer Denkkategorien besorgen. Ziel der Erziehung und Sozialisation großer Teile des Volkes ist deren Integration, ideologische Verwirrung und die damit zusammenhängende Selbstentfremdung. Der Staat als Repräsentant der herrschenden Klasse trägt durch die Schulgesetzgebung und die den Schulbetrieb regulierenden Normen dazu bei, daß diese Ziele erreicht werden und die Schule diese Aufgaben erfüllt.

Der Klassencharakter der Erziehung ergibt sich auch aus dem Anspruch, ein wirksames Instrument der „sozialen Erneuerung“ zu sein.

„Sobald die Bourgeoisie gezwungen ist, zuzugeben, daß die kapitalistischen Verhältnisse unerträglich sind, sucht sie gern mit „erzieherischen Argumenten“ zu beweisen, daß die Verhältnisse u.a. nur deshalb so schlecht sind, weil die Menschen schlecht sind und daß es erst besser sein wird, wenn die Menschen sich bessern. Die Erziehung sei so zu einer Bürgerschaft für die zukünftige Besserung der Menschen werden, die sie in Wirklichkeit gar nicht sichern kann, weil die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht die Menschen das Übel sind“ (Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, B. Suchodolski).

Die Erziehung übernimmt somit im Interesse der herrschenden Klasse eine Funktion der Verschleiерung, weil sie alle Mängel in den Bereich der Erziehung verlagert; damit aber wird Erziehung Teil der bürgerlichen Ideologie und trägt dazu bei, bestehende Herrschaftsverhältnisse zu rechtfertigen und aufrecht zu erhalten.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Schule in der bürgerlichen Gesellschaft folgende Aufgaben erfüllt.

— sie sorgt für die Qualifizierung der Ware Arbeitskraft gemäß den Interessen der herrschenden Klasse;

— sie vollzieht die ideologische Anpassung großer Teile des Volkes an die Normen und Erwartungen der Kapitalisten;

— sie besorgt die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsbedingungen durch die Reproduktion der Ware Arbeitskraft und der Reproduktion sozialer Rollen und Verhaltensweisen.

Damit wird die Schule zu einem wichtigen Pfeiler der kapitalistischen Gesellschaft und zu einem wichtigen Instrument der herrschenden Klasse bei der Verfolgung ihrer Klasseninteressen.

Ist Erziehung „auch nichts anderes als eine Funktion der Gesellschaft und innerhalb der Klassengesellschaft eine Funktion der herrschenden Klasse“ (Hoernle), so wäre es doch verfehlt zu glauben, daß das kapitalistische Erziehungswesen nur von den oben angeführten Faktoren determiniert würde.

Die an der gesellschaftlichen Basis vorhandenen Widersprüche nehmen in der kapitalistischen Gesellschaft die Form von Klassenkämpfen an, in denen die unterdrückte Klasse sich ihrer Unterdrückung bewußt wird und sich gegen die herrschende Klasse organisiert. Die Organisierung des Proletariats nimmt zwar ihren Ausgang von den Produktionsstätten, weil sich dort die unmittelbarsten Interessen der Arbeiterklasse konzentrieren, aber der Kampf erfaßt nach und nach alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Erziehung ist „also nur so lange ausschließliche Funktion der herrschenden Klasse, als die Unterdrückten sich nicht zur Wehr setzen und im Zusammenhang mit ihrem Kampf um wirtschaftliche und politische Befreiung eine ihren Klasseninteressen entsprechende neue und revolutionäre Klassenziehung hervorbringen. Der Kampf zweier Erziehungssysteme ist stets eine Begleiterscheinung des Kampfes zweier Klassen um die Macht“ (Hoernle, Grundfragen proletarischer Erziehung).

Auch im Ausbildungssektor kommt es zu Widersprüchen, die eine Zuspitzung der gesellschaftlichen Interessen hinsichtlich der Erziehung bedeuten. Diese Widersprüche sollen im zweiten Teil am Beispiel der Massenschule in Italien untersucht werden.

Klaus Reider

Supplentengesetz und Lehrbefähigung

Gespräch mit Dr. Roland Mailänder

Frage: Was ist die Geschichte dieses Supplentengesetzes?

Antwort: 1967 hat in Rom eine Versammlung stattgefunden, wobei schon damals gegensätzliche Meinungen aufgetreten sind. 1968 hat dann der Streik der Gewerkschaften stattgefunden, um auf das Problem der Supplenten mit Studientitel hinzuweisen. Es sollten nämlich Lehrbefähigungskurse stattfinden.

1971 fanden keine Kurse statt. Das Gesetz 1073 ist im Dezember 1971 in Kraft getreten. 1972/73 sollten gemäß des Gesetzes 1074 Lehrbefähigungskurse stattfinden. Dieser Modus war notwendig geworden, da die Anzahl der Studenten sowohl auf Oberschul- als auch Universitätsstufe nach 1966 sprunghaft angestiegen ist. Dadurch haben sich die Lehrstellen sprunghaft vermehrt. Diese Lehrbefähigungskurse hätten durch drei Jahre hindurch stattfinden sollen. Ab 1974 hätte dieses Problem auf Universitätsebene gelöst werden sollen. Den vier obligatorischen Studienjahren hätte ein fünftes Jahr der pädagogischen Bildung angeschlossen werden sollen. Dieses fünfte Jahr hätte dann die Aufgabe der Lehramtskurse übernommen. Diese Reform ist aber nicht durchgeführt worden und so blieb das Übergangsgesetz 1074 der einzige Anker. In der Zwischenzeit ist man zum alten System, das bis 1955 in Geltung war, nämlich der Verbindung Lehrbefähigung und Stellenwettbewerb, zurückgekehrt. Es wird eine bestimmte Anzahl von Stellen ausgeschrieben, diejenigen aber, die zwar die Prüfung bestehen, für die aber keine Stelle mehr frei ist (das Verhältnis ist ungefähr 200.000 Bewerber zu 20.000 Stellen) erhalten die Lehrbefähigung. Daß das ein äußerst selektives System ist, liegt auf der Hand. Für Südtirol liegt die Sache noch schwieriger. Das Supplentengesetz und die Supplentenkurse können nur vor diesem Gesamtzusammenhang richtig gesehen werden.

Durch dieses System der Konkurrenzprüfungen gewinnt der Staat auch ökonomisch. Wenn ein bestimmter Prozentsatz zurückgestellt wird, der somit die Pragmatisierung nicht erreicht, so wirkt sich das auf das Gehalt aus, denn erst nach der Pragmatisierung beginnt das Gehalt zu steigen. Wenn man also durchschnittlich sieben Jahre rechnet, bis man in die Stammtafel eingegliedert ist, bedeutet das in Hinblick auf die bei durchschnittlicher Lebensdauer anfallende Gehaltssumme für den Staat einen beträchtlichen Gewinn, vor allem bei der Berechnung der Pensionshöhe.

Das System des Konkurses ist im Grunde ein unmenschliches System,

weil der Wettbewerb um wenige Stellen ja immer zum Schaden einer großen Zahl stattfindet. Auch wenn alle Professoren gut vorbereitet wären und auf einem hohen intellektuellen Niveau stünden, so müßte man trotzdem aus 100 Bewerbern zehn auswählen, weil ja nur zehn Stellen besetzt werden können. Diese Auswahl kann sich dann an Kleinigkeiten orientieren und tatsächlich ist sie ausgeartet zu einer Gedächtnisprüfung. Wenn alle gleich gut vorbereitet sind, dann ist es klar, daß man sich nur mehr an ausgesprochenen Lächerlichkeiten orientieren muß. Diese Prüfungen ziehen sich durch Jahre hindurch. Die Kommissionen bestehen aus Universitätsprofessoren und Mittelschulprofessoren, die dazu akkreditiert worden sind und schauen müssen, daß sie mit dieser Masse von Leuten fertig werden. Ich glaube nicht, daß sie sich am Ende der Prüfung überhaupt noch erinnern können, was der erste gesagt hat; das Ganze ist ein entsetzlich schwerfälliges System. Es ist ein äußerst frustrierendes System, weil durch das Nichtbestehen praktisch die Vorbereitung von Jahren zunichte gemacht wird. Das wirkt sich deprimierend auf die künftige Einstellung dieser Lehrkräfte zur Schule aus. Es ist klar, daß man zu diesen Leuten nicht mehr von einer permanenten Weiterbildung sprechen kann. Es gibt Leute, die jedes dritte Jahr nach Rom gefahren sind, um zu versuchen, in der Rangliste nach vorne zu kommen. Für diese Masse von Lehrern, die die Konkurrenzprüfung nicht bestanden haben, ist dann von Zeit zu Zeit, nach einer Wartezeit von fünf bis zehn Jahren, ein Sondergesetz verabschiedet worden, so daß einzelne nur mehr auf diese Sondergesetze gewartet haben, so z. B. die Südtiroler Lehrkräfte. In Südtirol hat es nie, außer eines Sonderkurses 1960, eine Konkurrenzprüfung gegeben. Es hätte aber für eine ganze Menge von Leuten die Möglichkeit gegeben, an einem nationalen Wettbewerb teilzunehmen. Dieser Weg ist aber nur von ganz wenigen beschriftet worden, die meisten haben auf Sondergesetze gewartet. Dieser jetzt ausgeschriebene Wettbewerb wäre wirklich der erste reguläre, der auf die Schulautonomie in Südtirol Rücksicht nehmen würde.

Frage: Sind Sie der Meinung, daß dieses von der CGIL als äußerst sozialistisch beschriebene Programm angeordnet werden kann in den Widerspruch progressives-reaktionäres Kapital? Es scheint mir doch so zu sein, daß dieser Neoliberalismus nicht einmal den eigenen Produktionstechnologien angemessen ist.

Antwort: Ich bin nicht dieser Mei-

nung, weil ich zwischen der Kulturpolitik einerseits und der Wirtschaftspolitik und den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhängen andererseits nur einen äußerst geringen Zusammenhang sehe. Die italienische Kulturpolitik ist von einer derartigen Beharrlichkeit und Weltabgeschlossenheit, daß man ihr keine ideologischen Motive untersuchen sollte. Es ist einfach das Fortpflanzens des Gewesenen, der Versuch, auf bürokratischem Wege zu verwalten, was sonst einer Initiative bedürftig, die Weigerung des Staates, sich auf neue Ideen einzulassen, weil das einfach neue Schwierigkeiten mit sich brächte. Zum System des Concursos ist man eben nur deswegen zurückgekehrt, weil die neuen Universitätsstrukturen praktisch unlösbare Schwierigkeiten gestellt hätten und weil man wohl auch gefürchtet hat, daß einfach zu viele Leute diese Pragmatisierung erreichen würden.

Frage: Viele Widersprüche zwischen progressivem und reaktionärem Kapital, wie sie z. B. für Deutschland gelten, treffen also für Italien nicht zu. Untersucht man die Funktion des Deutschunterrichts in den oberen Schulen, so ist man von einer äußerst reaktionären Ideologisierung (die Erziehung zum funktionierenden Staatsbürger, Kulminationspunkt NS-Ideologie) zu einer Formalisierung gekommen, die auf die neuen Produktionsansprüche sich entläßt. Sieht man sich die Reformverschlüsse für Chemie, Physik, Pharmazie an, so macht man den Eindruck, daß sie äußerst industriepraktisch bezogen sind.

Antwort: Es ist so, daß neue Richtungen in der italienischen Schule noch kaum Eingang gefunden haben, zumindest nicht in den Prüfungsprogrammen der Concursi, denn die beschränken sich seit je auf das Abrufen eines kanonisch-historischen Wissens, wobei dieses kanonische Wissen additiv zusammengestellt wird. Auch die neuen Prüfungsprogramme, die auch in deutscher Sprache vorliegen, sind schlicht ein Kanon willkürlich ausgesuchter Daten, die dann gelernt und abgefragt werden. Es ist mir nicht gelungen, darin irgendeine Zielvorstellung zu entdecken. Ich sehe da überhaupt kein System, ich sehe da nur den Weg des geringsten Widerstandes und der billigsten Methode, die Prüfungen zu veranstalten. Einen Zusammenhang mit den Problemen der modernen Schule sehe ich erst recht nicht. Da würde man diesen Programmen schon viel-zuviel Ehre antun. Ich glaube, daß diese Art der Prüfung eine gemilderte Art des Rischiato ist. Wenn man schon eine ideologische Tradition sehen will,

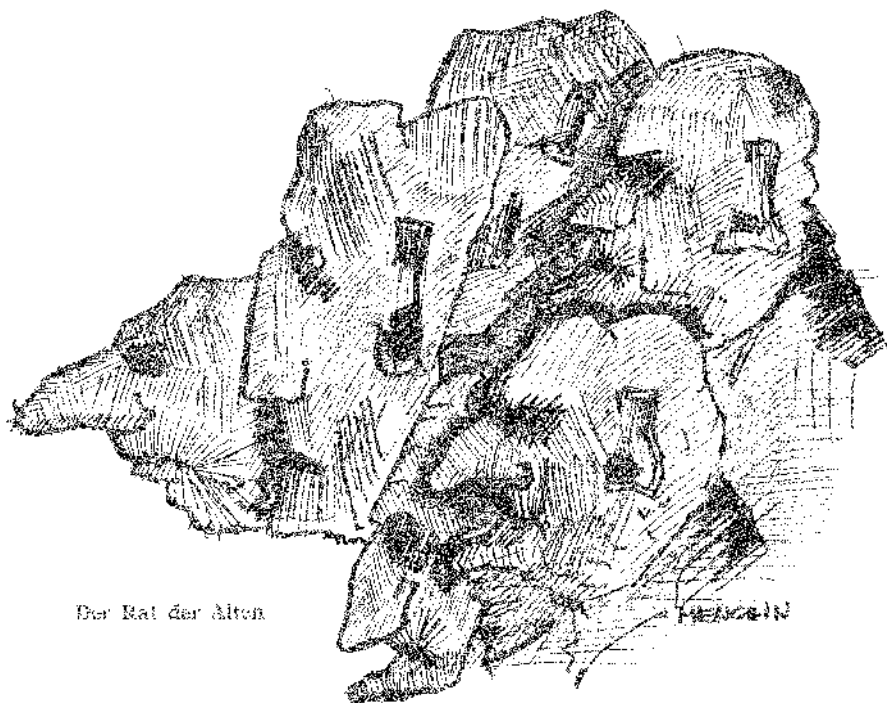
daß muß man zurückgehen auf die Reform Gentile. Alles ist noch geprägt von der Geschichtsphilosophie Gentiles, nur muß man hinzufügen, daß sich Gentile selbst nicht mehr mit dem heutigen Programm identifizieren würde, so man diese Vorschläge mit allerlei neuem Gut betrachtet hat, so daß die inneren Zusammenhänge selbst verloren gegangen sind. Man muß nur sehen, welche Wirkung das auf die neuen Lehrkräfte hat. Es ist klar, daß solche Programme eine prägende Wirkung haben, es ist klar, daß jemand, der eininhalb Jahre gezwungen wird, sich auf solche Programme vorzubereiten, eine bestimmte geistige Richtung bekommt und dann das wiedergibt, was man ihm vorher eingebracht hat.

Frage: Zurück zum Supplentengesetz. Sie haben in Bozen gesagt, das es durch dieses Gesetz getriggt, das Potential an Lehrern, die man für die Schule braucht, heranzubilden, ohne jedoch sich der Gefahr der Kritikfähigkeit aussetzen zu müssen, die selbst durch die reaktionärste Universität gegeben wäre.

Antwort: Diese Meinung habe ich immer noch aufrecht. Ich sehe in dem Zustandekommen der Bozener Supplentenurse und in dem Zustandekommen des Supplentengesetzes einen Teilver such, das Problem des Lehrermangels in der Mittelschule zu lösen, ohne das Risiko einer Universität in Kauf nehmen zu müssen. Es ist von vornherein als eine Sonderlösung angesehen worden, die dann allerdings mehr Konsequenzen gehabt hat, als man ursprünglich gedacht hat, denn dieser Supplentenkurs und das Gesetz Nr. 524 werfen einen Schatten auf das ganze Problem der Lehrerbildung. Ich habe auch in Bozen gesagt, daß sich daraus insoweit ein großer Nachteil ergibt, weil ein Großteil der Maturanten sieht, daß dieser Sonderweg leichter zu bewältigen ist als der reguläre des Universitätsstudiums. Die Maturanten könnten davon abgehalten werden, die Universität zu besuchen. Die Universität steht zwar in allen Ländern in einer Krise, sie ist aber trotzdem der einzige Ort, an dem die Kultur noch eine ausgesprochene Dynamik hat, der einzige Ort, wo kritische Forschung betrieben wird. Die Lehrerbildung kann von der Universitätsausbildung nicht ohne großen Schaden für die soziale Gegenwart werden; tatsächlich wird in den meisten Ländern versucht, auch die Ausbildung der Volksschullehrer auf Universitätsniveau zu heben oder die schon bestehenden pädagogischen Hochschulen in die regulären Hochschulen einzugliedern.

Frage: Welchen Stellenwert ordnen Sie hier dem Bildungszentrum zu?

Antwort: Das Bildungszentrum hat sich immer in Schwächen gefühlt und die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt. Diese Situation kann durch das Bildungszentrum nicht bewältigt werden, im übrigen ist die



Der Rat der Alten

Konzeption des Bildungszentrums ein tiefer Versuch, die Landesuniversität nach Südtirol hereinzubringen, ohne eine andere universitäre Lösung verwirklichen zu müssen. Diejenigen, die durch das Bildungszentrum abschließen, haben, da die Universität Innsbruck immer eine österreichische Universität bleiben wird, im Vergleich zu denjenigen, die in Innsbruck abschließen, keinen Vorteil, im Gegenteil, sie bekommen die eigentlichen Werte des Universitätsstudiums nicht vermittelt. Dann ist da noch folgendes Problem: Die Professoren der Sonderkurse bewältigen ihre Arbeit auszusagen als Freizeitbeschäftigung und tragen der Öffentlichkeit Südtirols gegenüber keine Verantwortung über ihre Lehrtätigkeit.

Frage: Wie schauen die Supplentenurse inhaltlich aus, haben Sie da Informationen?

Antwort: Ich kenne das Programm nur in groben Zügen, es fehlen aber meines Erachtens einige Punkte, die für das Universitätsstudium konstituierend sind.

1. Forschungstätigkeit. Jeder hat im Laufe seines Studiums Seminare zu besuchen und eigenständige Forschungsarbeit zu leisten.

2. Der geistige Kontakt mit anderen Studienrichtungen und Fakultäten, der ein wesentliches Element eines jeden Universitätsstudiums darstellt. Das Universitätsstudium ist kein System von geschlossenen Kursen, sondern jeder bekommt im Laufe des Studiums Informationen, die weit über das eigene Fach hinausgehen.

3. Das Element des kritischen Studiums, das nicht eine einzige Meinung vermittelt, sondern die Studenten zur Reflexion nötigt und selbst das Fach

zu hinterfragen zwingt. Die Bozener Kurse sind dagegen reine Ausbildungskurse.

Frage: Wie sehen die Konsequenzen dieses Supplentengesetzes aus?

Antwort: Die Konsequenzen werden sich erst später ergeben. Nehmen wir zwei Beispiele: Zwei Studenten maturaieren im Jahre 1966; der eine schreibt sich in Innsbruck oder Wien ein, der zweite übernimmt eine Supplenz an der Mittelschule. Der erste wird frühestens 1970 fertig, aber 1971 und 1972 finden keine Lehrbefähigungspfeilungen statt. Er bekommt also frühestens 1973 einen Lehrauftrag auf unbefristete Zeit. Der zweite, der die ersten drei Jahre der Supplentenurse erfolgreich abgeschlossen hat, erhält ab 1973 einen Lehrauftrag für unbestimmte Zeit. Schallt er anschließend das Doktorat, wo wird er unmittelbar danach in die Stammschule eingegliedert. Der reguläre Promovent wird hingegen erst einen Stellenwettbewerb bestehen müssen, also noch Jahre warten. In all diesen Erscheinungen zeichnet sich das Problem der Universität ab. Die Universität Trient wird sicher bald Ansprüche erheben, als Landesuniversität zu gelten. In Trient gibt es z. B. schon eine Zusammenarbeit mit deutschen Universitäten auf dem Gebiet der Geschichtsforschung. Eine Universität ist übrigens nicht nur eine Forschungsstätte, sondern hat Auswirkungen auf den gesamten kulturellen Bereich. So z. B. geht von der Universität Innsbruck die gesamte Gesundheitspolitik Nordtirols aus. Durch eine landeseigene Universität könnte auch das Problem der Gutachterentfaltung gelöst werden, ohne daß man für teures Geld Fachleute aus dem Ausland kommen lassen müßte, deren Qualifikation und Tätigkeit nicht öffentlich überprüft werden können.

Collocazione sociale degli insegnanti

Fino al 1962-1963 gli insegnanti aderivano pienamente alla funzione che il sistema assegnava loro: essi erano i funzionari dello stato incaricati di trasmettere i contenuti della cultura e della scienza borghese, cioè l'ideologia borghese, con la doppia funzione di strumenti della selezione sociale e di creatori del consenso al sistema vigente.

La riforma della scuola media unica 1962-1963 crea la prima grande frattura degli insegnanti rispetto al loro ruolo, imponendo loro una scolaresca non più selezionata preventivamente tra chi è destinato a "proseguire gli studi", e chi no, invitando a tener conto dell'ambiente, del mondo circostante, degli "interessi", degli studenti.

(E' questa una **contraddizione secondaria** ma di grande rilievo a livello di massa tra gli insegnanti e sulla quale è importante intervenire per esplicitarne tutte le implicazioni politiche, le possibilità operative di una prassi dentro l'istituzione che eviti però il pericolo dello sperimentalismo e delle illusioni riformiste.)

Si assiste, parallelamente all'enorme crescita della popolazione scolastica, all'ingresso nella scuola di un numero molto alto di insegnanti nuovi e di diversa estrazione sociale.

Anche questo contribuisce a rendere più evidenti le contraddizioni della scuola dal punto di vista del rapporto **insegnanti-alunni**, delle **infrastrutture** sempre più carenti, della posizione degli insegnanti di fronte alla loro carriera.

Si hanno così i primi fenomeni di posizione critica di fronte alle condizioni e alle caratteristiche professionali (stabilità del posto di lavoro, rigida subordinazione gerarchica).

Quando nel 1972 sembrerebbe razionalizzato il problema del reclutamento, con i corsi **abilitanti**, questi, tanto attesi, appaiono subito impostati con gli stessi criteri del vecchio esame di abilitazione (post-laurea): nozionistici,

spesso molto arretrati culturalmente, ed in più con una chiara impostazione selettiva e meritocratica. Chi insegnava agli insegnanti?

Diecimila docenti di cui tremila cosiddetti "esperti di educazione", (molti anziani insegnanti di ruolo, o colleghi stessi dei "discenti", spesso vistosamente carenti di competenza). Tutta una serie di docenti universitari più preparati, ma orientati più o meno a sinistra, erano stati esclusi.

I programmi d'insegnamento prevedevano una certa quantità di nozioni a livello sostanzialmente tradizionale ed un'aggiunta "infiltratura", di temi pedagogici, psicologici e didattici, impostati e poi trattati nei corsi secondo la tradizionale impostazione approssimativa, parafilosofica, uscientifica di cui purtroppo tutta la scuola italiana ancora risente (dalla tradizione idealistica e fascista fino ad oggi). A tutto ciò si aggiungono disagi e carenze strutturali (aule sovraffollate ecc.). Messi in questa situazione, oggetti da educare, gli insegnanti alcuni hanno importanti reazioni. In moltissime sedi scoppiò la ribellione, il rifiuto da parte degli abitanti di subire questo vicario (tanto che il tutto si ricollega alla disposizione per cui dal 1974 gli sprovvisti di abilitazione non potranno più insegnare e quindi l'intenzione selettiva si configura come attacco all'occupazione, alla sicurezza del posto di lavoro per chi lavora già (spesso con molti anni di insegnamento).

Il discorso diventa immediatamente politico, la situazione particolare viene in molte sedi collegata ad un discorso generale su tutta la scuola, al momento politico ed alle sue caratteristiche di svolta a destra, con intenzioni di chiusura nei confronti del mercato del lavoro e di recupero dello spirito corporativo (tradizionale di gran parte degli insegnanti).

La lotta contro la selezione nei corsi abilitanti si qualifica quindi come lotta per la difesa del posto di lavoro e

rivela chiaramente che la composizione ideologica di una parte significativa del corpo insegnante ha subito un mutamento sostanziale.

Questa lotta ha segnato a livello nazionale un salto qualitativo nella mischia: in cui ci si è mossi come lavoratori (e non come idilliaci funzionari dello stato, missionari ecc.) ed ha preparato il terreno per una lotta più generale, più collegata ai problemi della scuola e della società.

Da anni gli studenti proletari si contrappongono alla scuola borghese. Ora tale antagonismo si estende a molti insegnanti parallelamente all'evolversi della crisi del loro ruolo tradizionale e al generale peggioramento delle loro condizioni di lavoro (peggioramento frenato solo attraverso lotte prolungate). Se i primi (gli studenti) in questa scuola vengono selezionati, emarginati, indottrinati, la stessa sorte tocca ora, sia pure a livello diverso, agli insegnanti, ormai consapevoli di essere selezionati, controllati e divisi dallo stesso apparato.

Più in generale poi, nel momento in cui tendono a scomparire per gran parte degli insegnanti e per i disoccupati intellettuali i privilegi tradizionali, essi, come tutti i lavoratori, sono costretti a difendere il proprio posto e le proprie condizioni di lavoro contro la volontà del sistema, come unica possibilità di sopravvivenza.

Conseguentemente a questa tendenza oggettiva (ma non lineare) il terreno della coincidenza politica di interessi con i proletari si estende e la battaglia può divenire comune su tutta una serie di temi: salario, occupazione, condizioni sociali, prospettive di trasformazione della società. Ecco allora presentarsi come attuale il problema dell'unità e il rifiuto delle prospettive di soluzione individuale o categoriale dei propri problemi.

L'esigenza di unità politica si espone dentro le fabbriche nell'egualitarismo (categoria unica, aumenti uguali per tutti ecc.) e diventa nella scuola attacco alla selezione e alla stratificazione meritocratica.

L'organizzazione di classe degli insegnanti deve misurarsi con questa importante discriminante (tra livello individuale, corporativo delle lotte e attacco generale al sistema che produce anche il disagio nella scuola); il pericolo della caduta (nel corporativismo e nell'opportunismo) ai vari livelli esiste sempre (per gli insegnanti).

Ragioni materiali, oggettive (non più solo ideologiche) spingono ora maggiormente gli insegnanti a lotte e prassi alternative nella scuola (contenuti, metodi, no alla selezione, collegamento con problemi più generali).

Die 5 hauptsünden der wähler

statt einer analyse zu den landtagswahlen

1. Du hast dich von etablierten vereinen und wirtschaftskreisen wiederum verführen lassen.
2. Du hast dich auf die frauen und den charm junger leute gestürzt.
3. Du hast dich wieder vom monopolorgan toni ebners gängen lassen.
4. Du bist den alten götern, den parteibonzen, potentaten und cingesessenen assessoren nachgefallen.
5. Du hast dem volkstumsideologischen moloch schon wieder ein opfer dargebracht. s.k.

LBA — Klassikfimmel statt Praxisbezug

Mit Recht schimpfen viele über die jungen, unfähigen Volksschullehrer bzw. -Lehrerinnen.

Diese selber fühlen mit Unbehagen ihr Unvermögen, in der Volksschule zu unterrichten. Woher sollen sie auch die altersspezifischen Schwierigkeiten des Kindes wissen und verstehen? Wie sollen sie ein Jahresprogramm erstellen können und eine tägliche sinnvolle Vorbereitung lassen? Wie sollen sie imstande sein, das Milieu der einzelnen Schüler zu berücksichtigen? Wie soll es ihnen gelingen, die Stunden so zu gestalten, daß die Schüler mit Lust und Freude lernen, wenn sie selbst fast nur mit Widerwillen unbedeutenden Plunder gelernt haben? Wie soll ein Maturant im ersten Jahr schon fähig sein, in einer einklassigen Volksschule ohne Kontakt mit anderen Kollegen und ohne Hilfe der Direktoren und Inspektoren differenzierten Unterricht für fünf Klassen zu erteilen? Noch dazu trifft das meist die punkteschwächsten Maturanten.

In staunenswert kurzer Zeit gelingt es fast jedem Volksschullehrer, die natürliche Lernfreude des Kindes (denke an das wüßbegierige Kind im „Fragealter“) abzustumpfen und bald in Ekel umzupolen.

Großen Anteil der Schuld an dieser Misere hat ohne Zweifel die LBA. Abgesehen davon, daß jemand mit einer vierjährigen Oberschule, wie es die LBA ist und mit dem damit verbundenen Alter von 18 Jahren noch ganz schlecht als Erzieherperson („ins Le-

ben entsendet“ werden kann, muß festgestellt werden, daß die LBA die Chancen einer praxisbezogenen, brauchbaren Berufsausbildung nicht nützt.

Man braucht nur einen Blick auf den Stundenplan zu werfen und dazu die Inhalte der einzelnen Fächer zu überprüfen. Man paukt vier Jahre lang Latein, um das grammatikalische Denken zu schulen; man kennt sich bei den Thermopsychen aus, um mit klassisch gebildeten Leuten reden zu können; man lernt fast Dante und Goethe, um mit der Matura auf Hochschulebene transportabel zu sein; man lernt den Pythagoräischen Lehrsatz und Wurzelziehen, weil es immer so war. Man lernt Kunstgeschichte, anstatt sich mit der psychotherapeutischen Bedeutung des Zeichnens und Malens im Kindergarten auseinanderzusetzen. Man geht und ergötzt (statt sich mit Orff-Instrumenten zu beschäftigen), um besser in den gehobenen Lehrerstand zu passen usw. Die meiste Zeit wird mit sinnlosem Lernen verbracht.

Von zwei Fächern erwartet sich der LBA-Schüler viel: vom Methodikunterricht und von der Fächerkombination Pädagogik - Psychologie - Philosophie. Ersteres ist in den letzten zwei Jahren ausgefallen. Gründe wurden folgende vorgegeben: der Methodikprofessor darf keine Noten geben und so sei niemand recht bereit, die Bewältigung des Methodikprofessors sei nicht gesichert, außerdem werden hohe Anforderungen an diesen gestellt (Volksschullehrerbildung und Pädagogikstudium) und der

Direktor sagt: „Wir bekommen niemand!“

Zu den Fächern Pädagogik, Psychologie und Philosophie: Es wird bei den Vorkurskuren angefangen und vieles geschichtlich durchleuchtet, obwohl Pädagogik und Psychologie neue Wissenschaften sind und in den letzten Jahrzehnten allertand dazugekommen sein soll.

Das Schulamt und die Landesregierung sowie die Professoren können die Schuld nach erhaltenen Kompetenzen nicht mehr nach Kom. abschieben, leider oder gottseidank!

Anna Fußstatter

Ein LBA-Maturant besuchte (bei angenommenen 30 Schulwochen im Jahr)

in Deutsch	480 Std.
Italienisch	480 „
Latein	450 „
Mathematik	390 „
Naturkunde	360 „
Turnen (prakt.)	240
(theoret.)	300 „
Päd.-Psych.-Philos.	300 „
Geschichte	240 „
Geographie	240 „
Zeichnen (Zeichnen)	150
(Kunstgesch.)	90 240 „
Religion	120 „
Singen	120 „
Methodik	120 „

(fd) die heurigen Maturanten immer ausgefallen)

Militäraufschub für Studenten

Nachstehend geben wir das Rundschreiben des Verteilungsministeriums wieder, das uns vom Schulamt Bozen zugeleitet wurde. Es handelt sich um neue Bestimmungen bezüglich der Einreichung der Gesuche um Aufschub des Wehrdienstes (gebührenpflichtige Gesuche).

Seguito r. l. n. 03952/UDG datato 13 ottobre 1973 (non inviato agli enti cui la presente circolare è diretta per conoscenza).

L'art. 2 della Tabella degli atti esenti dal tributo di bollo allegata al D.P.R. 26 ottobre 1972, n. 642 dispone l'esenzione dall'imposta di bollo delle domande di esonero, dispensa e rinvio del servizio militare di leva.

Su conforme parere del Ministero delle Finanze, mentre si conferma che le istanze intese ad ottenere la dispensa o l'esonero del servizio di leva si possono produrre in carta semplice, come finora praticato, si rende uo-

— possono essere redatte in carta semplice le domande di ritardo e rinvio del servizio di leva prodotte ai sensi degli art. 85, 86, 89 e 90 del D.P.R. 14. 2. 1964, n. 237;

— debbono essere redatte in carta bollata tutte le altre domande intese ad ottenere l'erogazione di provvedimenti concernenti la leva ed il servizio militare diversi da quelli sopra specificati quali ad esempio:

* domande di visita anticipata o di ritardo della visita di leva di iscritti, a norma dell'art. 189 del Regolamento I.U.L.R.E.;

* domande di adempiere anticipatamente gli obblighi di leva a norma della legge 31. 3. 1966, n. 259;

* domande intese ad ottenere d'essere visitati presso il Consiglio o l'Ufficio di leva di residenza anziché presso quello d'appartenenza;

* domande di visita a domicilio di congiunti già sottoposti a visita di pri-

mo grado ed avviati all'ospedale militare competente per la visita di osservazione e che risultano non in grado di recarsi nella sede dell'ospedale militare;

* domande di arruolamento senza visita di iscritti in particolari posizioni di stato (religiosi, novizi, allievi Accademia Navale di Livorno o del Corpo forestale dello Stato);

* domande di ripristino alla leva di leva ai sensi dell'art. 13 del D.P.R. 14. 2. 1964, n. 237;

* domande di trasferimento dai ruoli del CEMM nei ruoli di altre forze armate (art. 14 D.P.R. 14. 2. 1964, n. 237);

* domande di nuova visita per infermità sopravvenuta dopo l'arruolamento;

* domande di riconoscimento della obiezione di coscienza ai sensi della legge 15 dicembre 1972, n. 772.

Il Direttore Generale
Eto Walter Fantau.

Die rechtshistorische Staatsprüfung

Schon seit mehreren Jahren wird den angehenden Jurastudenten empfohlen, zuerst einmal an einer österreichischen Universität zu inskribieren, um nach Ablegung der rechtshistorischen Staatsprüfung eventuell nach Padua umzuziehen. Dieser Weg bringt nicht nur die Möglichkeit mit sich, gleich zwei verschiedene Hochschulsysteme kennenzulernen, sondern er bietet auch hinsichtlich der Prüfungen einen Vorteil, der nicht übersehen werden sollte.

Einem Kollegen, der in Österreich die rechtshistorische Staatsprüfung mit Erfolg bestanden hatte, wurden bis zum vorigen Jahr von der Universität Padua sechs Prüfungen anerkannt: Istituzioni di diritto romano, Storia del diritto romano, Filosofia del diritto, Economia politica, Diritto canonico und Diritto comune. Außerdem brauchten die betreffenden Kollegen für zwei weitere Fächer (Diritto romano und Storia del diritto romano), für die grundsätzlich eine zwölfjährige Frequentpflicht besteht, nur ein einjähriges Programm vorzubereiten.

Zu Beginn des laufenden akademischen Jahres aber waren die Universitätsbehörden in Padua plötzlich der Meinung, daß diese mehrjährige Praxis einer Revision zu unterwerfen sei. Die Herren Professoren der juristischen Fakultät sind nämlich zur Auffassung gelangt, daß die Anerkennung der Prüfung über Economia politica unberechtigt erscheint, wenn an den österr.

eichischen Universitäten im Rahmen der rechtshistorischen Staatsprüfung keine entsprechenden Kenntnisse verlangt werden, gestrichen wurde auch Diritto comune, eine Nebenprüfung, die aber weniger ins Gewicht fällt und außerdem schon seit einem Jahr nicht mehr im Studienplan der Fakultät aufscheint.

Die Herren Professoren haben jedoch nicht nur gestrichen, sondern auch etwas hinzugegeben: Den zehn Reamkündigungen aus Innsbruck (für Murten war trotzdem verständlich!) wird heuer zum ersten Mal eine Prüfung anerkannt, die ihren älteren Studienkollegen nicht erspart geblieben ist. Es handelt sich um Diritto pubblico generale, eine Materie, die mehr oder weniger der „Einführung in die Grundbegriffe des Staates und Rechtes“ entspricht.

Die Kürzung, die am schmerzlichsten empfunden wird, betrifft also die Prüfung über Economia politica, die in Zukunft freilich auch von jenen abgelegt werden muß, die im Besitz des Zeugnisses der rechtshistorischen Staatsprüfung sind. Sie brauchen wahrscheinlich zu dieser Prüfung nicht anzutreten, wenn sie in Österreich auch das Kolloquium über die „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ bestehen.

Im übrigen wird grundsätzlich empfohlen, nach der Exmatrikulation nicht

nur das Staatsprüfungszeugnis, sondern auch das Kolloquiumzeugnis über die „Einführung in die Grundbegriffe des Staates und des Rechtes“ und eventuelle andere Zeugnisse (mit Ausnahme der Pflichtübungszeugnisse) beim Konsulat abzugeben.

Abschließend sei mir noch eine Bemerkung erlaubt. Angesichts dieser Haltungsänderung von Seiten der Universität Padua gegenüber einer Praxis, die sich, wie gesagt, schon mehrere Jahre bewährt hat, ist unter den Studenten nunmehr von „Risiken“ gesprochen worden, die mit der Anerkennung der rechtshistorischen Staatsprüfung verbunden seien und man ist zum Teil vielleicht schon der Meinung, daß es sich nicht mehr lohnt, in Österreich den rechtshistorischen Studienabschnitt zu absolvieren.

Ich glaube aber (und das ist wohl die mehrheitliche Meinung unter den Südtiroler Fakultätskollegen in Padua), daß derjenige, der die Absicht hat, in Padua Rechtswissenschaft zu studieren, nach wie vor besser daran ist, wenn er zuerst in Österreich den ersten Studienabschnitt bewältigt.

Der Dekan der juristischen Fakultät hat mir übrigens versichert, daß die Haltung der Fakultät bezüglich der Anerkennung der rechtshistorischen Staatsprüfung wenigstens in nächster Zukunft nicht geändert wird.

Karl Schwiegbacher

Was ist AIESEC?

Liest man diesen Artikel doppeltstündig, so liefert er den Beweis, der erbracht werden sollte: die Tendenzen des internationalen Kapitals zu rationalisieren. Dieser Rationalisierungsspruch geht allerdings getarnt einher als: Studentenaustausch. (Die Red.)

AIESEC ist die Abkürzung für Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales und ist die internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften.

AIESEC wurde im Jahre 1948 von Wirtschaftsstudenten aus 6 europäischen Ländern gegründet. Die Gründer hatten sich zum Ziele gesetzt, ein besseres Verständnis zwischen Studenten der verschiedenen Länder zu schaffen und den Studenten schon während ih-

res Studiums Gelegenheit zu bieten, mit praxisnahen Problemen vertraut zu werden.

Die Ziele der AIESEC kommen im Artikel I der internationalen Statuten zum Ausdruck:

AIESEC is an independent non-political, non-profit international student organisation which has as its purpose to develop internationally-educated management which can be effective in various economic environments. To achieve its purposes AIESEC believes in:

1. Finest quality as an approach towards all its activities.
2. Bridge-building between the management, academic and student communities.
3. Promotion of international under-

standing, goodwill, and empathy for different management attitudes.

4. Complementing management and academic education with international educational programmes which provide practical experience in management, without discrimination, and insights into the economic, political, and social environments in which management operates.

5. Offering a challenge to AIESEC members to achieve those aims of the Association.

Heute ist AIESEC die größte studentische Fachorganisation der Welt mit 400 Mitgliedsuniversitäten in 53 Staaten. Neben dem Austauschprogramm, durch das bis jetzt über 60.000 Praktikanten in aller Welt vermittelt werden konnten, entwickelte AIESEC im Lau-

fe der Jahre eine Reihe von Programmen zur Ausbildung von zukünftigen Führungskräften der Wirtschaft.

Der Aufbau

Die Basis der AIESEC-Arbeit an den jeweiligen Mitgliedshochschulen sind die Lokalkomitees (Local Committees, LC's), die für ihren Zuständigkeitsbereich die AIESEC-Projekte durchführen und die Kontakte zur Hochschule und Wirtschaft in ihrem Einzugsbereich pflegen. Die Tätigkeit der Lokalkomitees wird von einem Nationalkomitee (National Committee, NC) koordiniert und unterstützt. Die Nationalkomitees wiederum finden im International AIESEC Secretariat (IAS) mit Sitz in Brüssel eine koordinierende Stelle.

Vertreter der National- und Lokalkomitees aller Mitgliedsstaaten versammeln sich jährlich zweimal beim Presidents' Meeting im Oktober/November und im März beim International AIESEC-Kongress. Bei diesen Konferenzen werden die weiteren Arbeitsrichtungen der Vereinigung erarbeitet, der Praktikantenaustausch mittels Computer durchgeführt und die „full-time“-Mitarbeiter des IAS sowie die internationalen Berater (Advisory Councilors) gewählt, die zusammen mit dem Generalsekretär (Secretary General) das Exekutivorgan (Exekutive Body) der AIESEC bilden.

Für Lateinamerika, Afrika und Asien wurden regionale Koordinationsbüros eingerichtet, deren Vorsitzende ex officio Mitglieder des Exekutivorgans sind. Diese Büros, die von erfahrenen AIESEC-Mitarbeitern der jeweiligen Region geleitet werden, stehen in engem Kontakt zum IAS, um die Entwicklung der AIESEC-Aktivitäten auf ihren Kontinenten zu unterstützen und voranzutreiben.

Die Tätigkeit

Internationaler Praktikantenaustausch

Die AIESEC verfügt über den besten, wenn auch aufwendigsten Praktikantenaustausch aller vergleichbaren Fachorganisationen. Mit einem speziell für AIESEC vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) erstellten Programm werden jährlich etwa 5000 Studenten der Wirtschaftswissenschaften mittels Computer getauscht. Die AIESEC bietet dabei ein zwei- bis zwölfmonatiges Ausbildungs- und Trainingsprogramm sowie die Betreuung der Praktikanten durch das jeweilige Komitee, um den Studenten neben der sprachlichen und fachlichen Weiterbildung auch die Möglichkeit zu bieten, Land und Leute des Gastlandes kennenzulernen.

Das AIESEC-Komitee wirtet Stellen für ausländische Studenten bei Firmen in seinem Einzugsbereich, bereitet die

Angaben der Studenten und Firmen computergerecht für den Tauschvorgang vor, beschafft Beschäftigungsgenehmigungen, Unterkunft und sorgt für das Betreuungsprogramm.

Der Internationale Praktikantenaustausch ist das Basisprogramm der AIESEC und entspricht in bester Weise der Forderung nach Vermittlung internationaler Managementtechniken, der Konfrontation der erlernten Wirtschaftspraxis und der Erweiterung des Horizonts durch einen längeren Auslandsaufenthalt.

Sonderformen des Praktikums

Summer School Traineeship Programme (SSTP)

Das SSTP ist eine Kombination von Seminaren und Vorlesungen mit dem „on the job training“ am Arbeitsplatz über ein ausgewähltes Thema, woran 6-12 Studenten teilnehmen.

Linked Traineeship

Der Student durchläuft mehrere aufeinanderfolgende Praktika, um in einem Land verschiedene Branchen kennenzulernen oder Einblick in die Managementtechniken derselben Branche in verschiedenen Ländern zu bekommen.

Internationale Konferenzen

Um AIESEC-Gedanken zu weltweiter Bedeutung zu erheben und Ansatzpunkte zur Beseitigung erkannter Probleme zu erarbeiten, plant und veranstaltet AIESEC internationale Großkonferenzen. Aus der Diskussion zwi-

sehen Professoren, Studenten und Vertretern der Wirtschaft entstehen konstruktive Pläne unter Berücksichtigung aller Beteiligten. Bisher wurden folgende Konferenzen abgehalten: „Education for International Business“ Louisiana 1966, „The International Transfer of Management Skills“ Turin 1969, „Social Role of Management“ Basel 1971.

Extension and Consolidation

Das Ziel der AIESEC kann nur dann zufriedenstellend verwirklicht werden, wenn möglichst viele Mitgliedsländer gewonnen werden können und in jedem Mitgliedsland solide und vor allem initiativ AIESEC-Komitees eingerichtet werden. Besondere Bedeutung kommt den Expansionsbestrebungen der AIESEC in den Entwicklungsländern zu. Durch die AIESEC-Projekte mit ihrer grundlegenden Betonung von Erfahrungsaustausch und Wissensvermittlung auf weltweiter Basis für die Führungskräfte der Wirtschaft von morgen besteht die einfachste und erfolgversprechendste Möglichkeit einer gezielten Entwicklungshilfe.

Für weitere und genauere Informationen stehen allen Interessierten die Büros der verschiedenen AIESEC-Lokalkomitees gerne zur Verfügung.

Nachstehend die nächsten Lokalkomitees: Verona, Mailand, Venedig, Innsbruck, Graz, Linz-Aufhof.

Für LC Verona
Franz Josef Spieß

Arbeitsangebote für Akademiker

Die Spar- und Vorschaukasse Brixen sucht 2 Akademiker (Juristen oder Diplom-Kaufleute oder Doktoren der Wirtschafts- und Handelswissenschaften), wenn möglich aus Brixen oder Umgebung.

Hohes Nettoeinkommen.

Anfragen Interessierter an die Personalabteilung der Spar- und Vorschaukasse, 39042 Brixen, Große Lauber 2, Telefon 0472/2 38 23.

Rechtsanwalt Dr. Gottfried Glotzer, 39100 Bozen, Leon-da-Vinci-Straße 1-e, Telefon 234 90, sucht dringend einen Kopizienten.

Die Firma LANCIA - Veicoli Speciali, Stabilimento di Bolzano, Vollstrasse 6

Telefon 3 20 67, sucht einen Doktor aus Rechtswissenschaften oder aus Wirtschaft und Handel, der der deutschen Sprachgruppe angehört. Er wäre dazu bestimmt, in die Personalabienstelle des Lancia-Werks in Bozen eingebaut zu werden. Anfragen an die Lancia-Werke.

Das Allgemeine Provinzkrankenhaus Meran sucht einen Mediziner für die Abteilung Anästhesie und Wiederbelebung. Die Facharztausbildung sollte mindestens innerhalb von drei Jahren an einer italienischen Universität abgeschlossen werden.

Anfragen an Herrn Dr. B. Frank oder Dr. Walter Senoner im Allgemeinen Krankenhaus Meran.

Chile-Retrospektive

Obwohl dieser Artikel verspätet kommt (obwohl er nur einen spezifischen Aspekt behandelt), glaube ich doch daß er aktuell ist. Ausgespart werden:

1. Welche Konsequenzen haben sich aus der Erfahrung Chiles für westeuropäische KP's ergeben (verwiesen sei nur auf die Diskussionen in L'Espresso, Il manifesto und Rinascenta).

2. Welche Rolle spielte das internationale Kapital?

3. Welche Vorstellungen hat die revolutionäre Bewegung entwickelt?

Eine Retrospektive der jüngsten chilenischen Ereignisse sieht sich der Gefahr ausgesetzt, eines individualbezogenen Bewältigungsbedürfnisses bezichtigt zu werden. Diesem Diffamierungsrisiko zum Trotz scheint sie dringend geboten, zumal in der Pointe vom 11. September ein Funktionsmechanismus seinen Kulminationspunkt erfahren hat, der in der Grundstruktur des politischen Bezugssystems und vor allem in der spezifischen Charakteristik des Protagonisten des chilenischen Modells ambizität angelegt war, und darübereinstimmend machtpolitische Bewegungszusammenhänge transparent werden ließ, die über die spezifische Situationsgebundenheit hinaus einer Verallgemeinerung fähig sind und damit auch dem entzückten Beobachter in didaktischer Hinsicht relevant erscheinen können.

In Anbetracht der Tatsache, daß im gegebenen Moment noch keine Indizien auf das Ende der Dynamik der chilenischen Ereignisse schließen lassen, mag eine analytische Aurlarbeitung der tragenden Aspekte der Geschehnisse, angesichts der Ungewißheit der weiteren Entwicklung, als verfrüht erscheinen. Aber auch wenn auf Grund der weiterhin Entwicklungsfähigkeit der Situation ein umfassendes Resümee noch nicht gezogen werden kann, so erscheint es doch als legitim, die vorläufig relevanten, den Duktus der Ereignisse bis zu diesem Zeitpunkt bestimmenden Momente, einer Reflexion zu unterziehen.

Unter Verzicht auf eine chronologische Rückvermutung des Entwicklungszusammenhanges erscheint mir das Spannungsverhältnis von dynamisch sich wandelnder objektiver Realität und der statischen Beständigkeit der Persönlichkeitsstruktur Salvador Allendes einen Verständnisszugang anzubieten, der der objektiven Sachlage, wie sie sich aus unserer Perspektive im Augenblick darstellt, gerecht zu werden vermag.

Der Persönlichkeit Allendes, Promotor und Protagonist des chilenischen Experiments, gemäß seinem programmatischen Entwurf, die Erblüderung eines sozialistischen Gesellschaftsgefüges auf legalen Weg, d.h. innerhalb der Grenzen des formalrechtlichen bürgerlichen Normenkanonales zu realisieren, muß besondere Beachtung zukommen. Die vielfach vorgetragene Version, Allende habe nach seiner Inauguration als erster frei gewählter marxistischer Präsident der Geschichte die Konsolidierung seiner Machtposition und die Realisierung seines politischen Programms nur unter der rigorosen Respektierung seines eingelösten Versprechens, seinen politischen Aktionsradius auf den Bereich der vorgegebenen Legalität zu limitieren, im Bereich der Möglichkeit halten können, hat angesichts des gewaltigen reaktionären oppositionellen Kräftepotentials sicherlich ihre Berechtigung und Gültigkeit. Denn daß, durch die Abhängigkeitsstruktur der chilenischen Wirtschaft, das internationale imperialistische Machtkartell den Autonomiebestrebungen des chilenischen Volkes opponieren würde, war von vornherein ins Kalkül zu ziehen.

Schon weniger ergiebig erscheint der Interpretations Schlüssel, Allende habe durch schon legalen Weg ein politisches Exempel statuieren wollen, welches der in der Weltöffentlichkeit durch mancherlei Ereignisse diskreditierten Linken zu einem kathartischen Erlebnis verhelfen sollte.

Auch die vornehmlich von der bürgerlichen Presse geäußerten Verdächtigungen, bei Allendes Politik handle es sich um eine mit äußerstem Raffinement betriebene Immunisierungsstrategie oder gar um eine pseudoemanzipatorische Herrschaftsdeologie (Zweckaktualisierung auf Umwegen) kann mit Leichtigkeit in die weltweit wirksamen Diffamierungskampagnen reaktionärer Interessenschaften eingeordnet werden.

Beschreibungsversuchen des Persönlichkeitsbildes Allendes zufolge muß es sich hier um eine Persönlichkeit gehandelt haben, die den mehr oder weniger gangigen rechtspositivistischen Polnahabitus durch eine Kraft ersetzt wissen wollte, die am ehesten im Begriff des Ethos ihre adäquate Artikulation erfährt. Sein Glaube, beinahe schon naiver Gutzgläubigkeit zeihbar, seinen Auftrag gesellschaftlicher Egoisierung unter Verzicht auf den „Dämon der Politik“ einlösen zu können, läßt den Rigorismus und die Integrität dieser Persönlichkeit erahnen. Wievohl diese von unbeirrbarer Ethos ge-

ragene Leidenschaft seine Faszination ausruichte, obwohl sie sich im Zuge prekärer Situationsentwicklungen schon gefährlich der politischen Groteske näherte, war es die Spannungsmaximierung zwischen dem ethischen Gigantismus Allendes und der sich wandelnden objektiven Realitätslage, welche einen Grabenbruch zwischen beiden Polen ermöglichte und in direkter Konsequenz den eigensgesetzlichen Gang der objektiven Realität bewirken mußte, die sich mehr und mehr der Möglichkeit einer steuernden Einflüßnahme entzog.

Es bliebe sicherlich den Geltungscharakter der objektiven Realität zu dezimieren, wollte man den allein zureichenden Grund für das Scheitern des chilenischen Wegs zum Sozialismus in der Persönlichkeitsstruktur Allendes finden wollen. Aber daß er, schon zu einem Zeitpunkt, wo selbst dem unvoreingenommensten Beobachter die Abgabe des bürgerlichen oppositionellen Machtblocks an die vereinbarten Spielregeln der Legalität in die Augen springen mußte (Squadronismus!), sich nicht bereit fand, seinen ethischen Rubikon zu überschreiten und durch eine geänderte, den objektiven Umständen adäquate Kampfstrategie dem Situationswandel Rechnung zu tragen, zeigt den unbeweglichen Willen seinem dezidiert verkündeten Versprechen gegenüber, seine politischen Tathandlungen mit dem Bereich vorgegebener Legalität abdecken zu wollen.

Man kann dem entgegenhalten, daß der bürgerliche Machtblock nur auf eine Verletzung der vereinbarten Spielregeln gewartet hätte, um die latent geführte Sabotage der Politik Allendes durch eine offen geführte Offensive ablösen zu können. Der Tathandlung, zum entscheidenden Zeitpunkt, unter dem Druck eines dramatischen Situationswandels, die Bewaffnung des Volkes nicht toleriert zu haben, steht aus der jetzigen Perspektive zwar ein behres Standbild ethischer Integrität gegenüber.

Aber, so erscheint es mir legitim zu fragen: qui bone? Das oben angesprochene kathartische Erlebnis der politischen Linken mag dadurch gesichert sein, allerdings auf Kosten des totalen Freiheitsverlustes eines emanzipationsentschlossenen Volkes. Es ist müßig, die beiden Wertgesichtspunkte gegeneinander abwägen zu wollen. Lenins Stellungnahme zu dieser Problematik spricht eine unmißverständliche Sprache:

„Die Aufgabe einer wahrhaft revolutionären Partei besteht nicht darin, den unmöglichen Verzicht auf jegliche

Kompromisse zu proklamieren, sondern darin, durch alle Kompromisse hindurch, soweit sie unvermeidlich sind, zu verstehen, ihren Prinzipien, ihrer Klasse, ihrer revolutionären Aufgabe — Vorbereitung der Revolution, Ermöglichung der Volksmassen zum Sieg in der Revolution — treu zu bleiben“ (W. I. Lenin, Werke, 25, Berlin 1972, S. 313).

Allendes fundamentaler Fehler war demzufolge der, unter Absehung analoger geschichtlicher Präzedenzfälle, vom oppositionellen Machtblock, dasselbe Ethos zu erwarten, das er sich selber abverlangte. Der Glaube an die universelle Verbindlichkeit der bürgerlichen Legalität hat sich wiederum als illusorisch erwiesen. Diejenigen, die den bürgerlichen Normenkatalog als *conditio sine qua non* für Allendes Präsidentschaftskandidatur präferierten, haben durch ihre Absage an ihn, als im Zug der Ereignisse ihre Partikularinteressen auf dem Spiel standen, ihn als Farce entlarvt. Die bürgerliche Rechtsstaatlichkeit hat sich in dankenswerter offener Weise als Konfliktregelungsmechanismus in der Hand der herrschenden Klasse demaskiert und damit ihren programmatisch erklärten Anspruch auf Universalität aufgehoben. Mit dem Fallen des ideologischen Mystifikationssehlers ist ihr essentieller Gehalt an die Oberfläche getreten. Die Spielregeln bürgerlicher Demokratie haben sich als für so lange verbindlich gezeigt, als sie als Vehikel und Schwertarm zur Durchsetzung der Partikularinteressen der herrschenden Klasse ihre Funktionsfähigkeit erweisen konnten. Ihre Verabschiedung nach dem Stil: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“ hat ihr angeblich naturrechtlich fundiertes Legitimationsmodell in eklatanter Weise als Herrschaftsideologie, i. e. als Vorgabe partikularer Klasseninteressen als gesamtgesellschaftlicher, universeller, bloßgelegt.

Nicht zuletzt hat sich mit den Putschereignissen in Chile in blutiger Anschaulichkeit die These von der inhaltlichen Kontinuität von Kapitalismus und Faschismus verifiziert, die These, daß Faschismus die konsequente Fortführung kapitalistischer Machtpraktiken mit anderen Mitteln sei. Wer schon dem klassischen Überstaatsathen Modell öffenlicher Herrschaft eine partikular-interessensgefundene Funktion zugewiesen: Staat als formaler Gesellschaftsrahmen, als gesellschaftsinterne Konfliktregelungsinstanz zwecks Aufrechterhaltung kapitalistischer Organisationsformen und in internationalen und interkontinentalen Dimensionen als Wegbereiter und Schutzmacht wirtschaftlichen Expansionsbedürfnisses (*qua Imperialisimus*) — so erwies sich auch in Chile das formale Raster bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit nur so lange als zweckmäßig, als es den gegebenen Erfordernissen der Bourgeoisie Rechnung tragen konnte. Es muß hier explizit darauf hingewie-

sen werden, daß es sich bei der hier intendierten Bourgeoisie nicht nur um den nationalen Ableger globaler Machenschaften handelt, sondern um jenes international organisierte imperialistische Machtkartell, das sich in Momenten der Infragestellung seiner Existenzberechtigung ohne zu zögern zu einer von Interessenskonsens getragenen Gesamtstrategie zusammenfindet.

Die Absage der Bourgeoisie an ihren ideellen Legitimationsstützpfeiler dürfte nicht allzu schwer gefallen sein, mußte sie doch nicht erst ihre Fahne nach dem neuen Wind setzen, hatte sie sie doch immer schon dort.

Durch die offene und im Zug der Ereignisse transparent gewordene Forcierung der Putschereignisse mittels gezielter Sabotage der Politik Allendes auf allen Ebenen hat sich die Bourgeoisie ihrer Mystifikation entkleidet und jenen substantiellen Kern ihrer

selbst in den Vordergrund gerückt, der als kryptische Triebfeder ihrer Verhaltenweisen bei näherem Zusehen allzu wirksam ist. Sich als Bourgeois-Faschismus deklarierend, hat sie damit zugleich ihre ideologische Legitimationsbasis verwirkt.

Diesem objektiven Funktionsmechanismus seinen ethischen Rigorismus entgegenhalten zu wollen, war Allendes Waterloo. Die eigene moralische Barriere zugunsten derer, deren seine Politik gilt, nicht transzendiert zu haben, macht die essentielle Charakteristik Allendes aus, zeigt aber gleichzeitig die innere Widersprüchlichkeit des chilenischen Wegs zum Sozialismus.

Der Triumph einer integren Persönlichkeit über sich selbst geht in schauerlicher Weise einher mit dem Sieg der hemmenden und regressiven Kräfte.

Elmar Walbi

Dissertantenbeihilfe für das Akademische Jahr 1973/74

Ausschreibung

Die Sparkasse der Provinz Bozen schreibt für das Studienjahr 1973/74 einen Wettbewerb zur Vergabe von Dissertantenbeihilfen aus. Es werden 10 Beihilfen einmalig gewährt, wobei jede Beihilfe mit 250.000 Lire beansprucht ist.

Die Beihilfen sind jenen Hochschülern vorbehalten, die bei der Erstellung ihrer Dissertation sind und ohne Beihilfe ihre Arbeit aus finanziellen Gründen nur schwer fortsetzen können.

Hochschülern, die in Österreich oder Deutschland immatrikuliert sind, wird die Beihilfe ab dem 9. Semester gewährt, vorausgesetzt, daß alle Vorprüfungen im 8. Semester abgelegt worden sind.

Hochschülern, die in Italien studieren, wird die Beihilfe ab dem 5. Studienjahr gewährt, vorausgesetzt, daß sich mehr als vier Prüfungen zur „Laurea“ fehlen.

Die Gesuche und die entsprechenden Unterlagen werden von drei Vertretern des Südtiroler Kulturinstitutes und drei Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft überprüft. Diese Kommission schlägt auch die Kandidaten, denen die Beihilfe gewährt werden soll, der Sparkasse der Provinz vor, welche

dann die Beihilfen nach eigenem Ermessen vergibt.

Die Gesuche müssen innerhalb 15. März 1974 an das Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus, gesandt werden. Die Gesuche sind an die Sparkasse der Provinz Bozen, 39100 Bozen, Sparkassestr. 12b zu richten und mit folgenden Unterlagen zu belegen:

1. Erklärung der Gemeinde über das besteuerebare Nettoeinkommen der Familie
2. Familienbogen mit Sichtvermerk des Bezirkssteueramtes
3. Einkünfte:
 - a) über laufende Stipendien
 - b) besondere Bedürftigkeit
 - c) Beschreibung der Doktorarbeit
4. Prüfungsbestätigungen
5. Bestätigung des Professors über das Dissertationsthema
6. Aufstellung der erforderlichen Sonderausgaben
7. Alle weiteren Dokumente, die vom Bewerber für die günstige Beurteilung seiner Situation als nützlich erachtet werden.

SH-Information

Ausschußsitzung am 21. Dezember 1973

Dabei informierte der Vorstand den Ausschuß zunächst kurz über die bisherige Tätigkeit; Vorbringen der Hochschülerprobleme an den zuständigen Assessor (vgl. SKOLAST 1973, Nr. 4, S. 15 f. und das Memorandum in dieser Ausgabe). Wahlversammlung mit acht verschiedenen Parteien über Schulpolitik am 27.10.1973; Besuch und gegenseitige Information bei den Hochschulgruppen Salzburg, Wien und Graz durch den Vorsitzenden und die Sekretarin Ende November; Beschaffung von zehn Beihilfen für Dissertation (siehe Ausschreibung in dieser Nummer!). Diese zehn Stipendien sind als bescheidener Anfang zu betrachten, vielleicht können für diese Initiative außer der Sparkasse noch andere Geldinstitute und Körperschaften gewonnen werden; Kontakt mit der „Hochschulgruppe Bozen“, dem Werkstudenten des Bildungszentrums (die Hochschulgruppe Innsbruck traf sich mit diesen am 20.11.1973 in Felthurns); Flug- und Korbballturnier, Skirennen, usw.

Bei dieser Ausschußsitzung wurde anschließend über das vom Vorsitzenden vorgelegte Memorandum diskutiert, es ergänzt und (so wie hier abgedruckt) verabschiedet.

Eine längere Diskussion löste die Studientagung 1974 aus. Von den vier Vorschlägen „Universität Bozen“, „Die

Linke in Südtirol — Geschichte, Lage, Perspektiven“, „Die Zukunft der Akademiker (Akademikerproletariat)“ und dem Vorschlag, die Problematik der letzten Studientagung über das „Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol“ nochmals von anderen speziellen Gesichtspunkten her zu durchleuchten, wurden hauptsächlich die zwei erstgenannten Themen durchdiskutiert über die Notwendigkeit, Dringlichkeit und Aktualität, über die Möglichkeit der Durchführung usw. Es kam dann zu zwei getrennten Abstimmungen: „Universität Bozen“: 12 Zustimmungen, 4 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen. „Die Linke in Südtirol“: 9 Zustimmungen, 1 Enthaltung und 9 Gegenstimmen. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, das Thema „Universität Bozen“ nur unter der Bedingung als Tagungsthema zu nehmen, wenn auch die verschiedenen Trägerorganisationen von universitären Kursen in Südtirol wie z. B. das Südtiroler Bildungszentrum und die Universität Popolare zur Mitarbeit an der Vorbereitung und Durchführung der Tagung zu gewinnen sind. Ansonsten soll das Thema „Die Linke in Südtirol — Geschichte, Lage, Perspektiven.“ gewählt werden. Die SH-Gruppe Padua würde dabei die Hauptorganisation übernehmen.

Mit der Diskussion und den Beschlüssen über die Geldzuweisung an die einzelnen Hochschulgruppen schloß diese 2. ordentliche Ausschußsitzung des heutigen Geschäftsjahres.

Weitere Tätigkeit
(in Stichworten)

- Vordringen der im Memorandum aufgezählten Punkte durch Versprechen bei Politikern, Unterschriftenaktion;
- Vorbereitung und Durchführung der Studientagung „Universität Bozen“; die prinzipielle Zusage zur Mitarbeit anderer Verbände ist schon eingeholt worden. Pressekonferenz und eigene SKOLAST-Kammer als Vorbereitung.
- Termin der Studientagung: 20. bis 22. September; Ort: Bozen.
- Besuch bei Herrn Sektionschef Rieger im österreichischen Bundesministerium für Unterricht und Kunst am 23. Jänner (Kufstatscher und Güter).
- Organisation einer Homalddiskussion mit dem Arbeitskreis Massenmedien im Forum für Bildung und Wissenschaft im März 1974; Diskussthemat: „Lokales Fernsehen: wohnt?“.
- Rundschreiben an die Mutantinnen und Besuch der Klassen im Mai.

Sepp Kufstatscher

Richtigstellung

Unter dem Titel „SH-Information“ wurde im SKOLAST Nr. 4/73 auf Seite 15 angekündigt, daß die Anerkennung der österreichischen Magistertitel im philosophischen Bereich nunmehr durch ein Dekret gewährleistet sei.

Diese Information trifft nicht zu. Bisher konnte nur die Anerkennung der Magistertitel in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften geregelt werden.

Es wird damit gerechnet, daß die österreichisch-italienischen Verhandlungen über die Anerkennung jener Magistertitel im philosophischen Bereich, für die die Studienordnungen in Österreich veröffentlicht wurden, in allerhöchster Zeit aufgenommen werden.

Beilage 1

Es gibt eine Anzahl von Fragen, die für die Öffentlichkeit von großem Interesse sind, aber in den Massenmedien entweder gar nicht vorkommen oder aus einer verzerrten Perspektive dargestellt werden. Dazu gehören zweifelsohne die Massenmedien selbst. Die Presse als Arbeitswelt ist sich selber iahn. Medien, die Öffentlichkeit herstellen, veröffentlichen nur selten die Bedingungen dieses Prozesses. Die Mechanik der dahinterstehenden Interessen — die Machtphysik, wie sie Rudolf Augstein nennt — bleibt weiterhin unbekannt. Zu diesem Thema schreibt Hans Dieter Müller: *Journalisten haben dafür eine Formel gefunden, die nach Bescheidenheit klingt und sich als klassische Tradition drapiert. Wer für andere schreibt, schreibt nicht über sich selber. Zeitungen sind sich selber*

Medien: kein Thema für die Massen?

tabu. Die Formel enthielt sich bei näherer Betrachtung jedoch als Verschleierung. Die Wahrheit ist dürrer und tritt in den wenigen Konflikten, die aus der abgedichteten Innenphäre der Presse nach außen drängen, offen zutage: Sanktionen würden den freien, der redet, privatrechtliche wie solche seines eigenen Straates. Selbstausgaben sind in der Kommunikationsindustrie gleichbedeutend mit Selbstmord.“ (In: Die Töbus der bundesdeutschen Presse, S. 11).

Vielleicht mag der Inhalt dieses Zitats auch in Südtirol bisher dazu geführt haben, daß das Feld der Massenmedien die große Unbekannte blieb. Ganz sporadisch und lediglich unter extremen Bedingungen treten in den Zeitungen derartige Probleme zutage, z. B.: Aktion gegen die „Dolomiten“ im Herbst 1970, Stilllegung des TV-Unsersers in Ulten, Polemik um Pressepreis. Eine kontinuierliche Diskussion über Fragen der Massenmedien, der Medienpolitik und aller damit in Zusammenhang stehenden Probleme findet nicht statt. Der zwingende Beweis für ihre Notwendigkeit ist der Charakter der Massenmedien selbst. Die Faktoren, welche eine Öffentlichkeit miterzeugen, müssen auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Die regionale Journalistengewerkschaft hat damit in den letzten Monaten in Ansätzen begonnen. Mit dieser Beilage sollte ein zweiter Schritt in diese Richtung getan werden.

Walter Pill, Gottfried Solterer

Massenmedien oder Monopolmedien?

Vorschläge der Journalistengewerkschaft von Trentino-Südtirol zur Reform des Informationswesens

Alle Mitglieder der Südtiroler Landesregierung, die einzelnen Landtagsabgeordneten sowie alle Trentiner Landtagsabgeordneten und Landesassessoren haben im Juni des vergangenen Jahres das vom Vorstand der Journalistengewerkschaft ausgearbeitete Dokument erhalten. Eine von derselben Gewerkschaft ernannte Delegation sprach einige Zeit später bei den Gewerkschaften, den Parteien sowie beim Regionalausschufspräsidenten vor, wobei die einzelnen Vorschläge erörtert wurden. Von seiten der Südtiroler Landesregierung wurde vermittels des Presseamtes am 6. November lakonisch festgestellt: „Um eine breitere Information der Öffentlichkeit zu ermöglichen, sollten gemäß den Forderungen der Gewerkschaften Beiträge des Landes an Zeitungen und Zeitschriften vergeben werden. In dieser Angelegenheit wurde von seiten des Landes keine Verpflichtung übernommen.“

Um eine Diskussion nicht nur in den politischen Gremien, sondern in einer weiteren Öffentlichkeit zu den Vorschlägen der Journalistengewerkschaft anzuregen, veröffentlichen wir an die ser Stelle das Dokument in leicht gekürzter Fassung. (Die Titel wurden von der Redaktion gemacht.)

Konzentration gefährdet zahlreiche Presseorgane in Italien

Das Zeitungswesen in Italien hat in letzter Zeit eine Entwicklung genommen, die zu immer mehr Besorgnis Anlaß gibt. Einerseits hat sich die Zahl der Zeitungen stark verringert (140 im Jahr 1948, nur mehr 87 im Jahr 1973), andererseits macht sich jetzt eine möglicherweise unauffhaltsame Konzentration von Publikationen in den Händen weniger Besitzer bemerkbar. Diese verfolgen mit dem Aufkauf von Zeitungen Ziele, die in krassen Widerspruch zur freien, demokratischen und loyalen Information des Lesers stehen.

Mit dieser Lage haben sich das Parlament, die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften, also die kulturell engagiertesten Kreise, immer wieder beschäftigt. Trotzdem stellen sich ständig neue schwerwiegende Ereignisse ein: die zunehmende Schwächung der Verlagsanstalten infolge mangelnder Garantien für das Überleben und die Verteidigung vor dem Zugriff verlagsfremder Interessengruppen; die daraus folgende gestiegene Angriffslust dieser Gruppen, die auch vor skrupelloser Einschüchterung nicht zurückschrecken; das stufenweise Verschwinden jener Pluralität der Informationsquellen, die allein schon genügt, um das Weiterbestehen einer der Diskussion, der Konfrontation sowie der Dialektik der Ideen und Meinungen offenen Presse zu gewährleisten; die Beibehaltung gewisser vom faschistischen Regime in die Gesetzgebung eingebauter repressiver Bestimmungen; die Zunahme von Gerichtsverhandlungen gegen Journalisten, deren Meinungsdefizite zur Last gelegt werden. Diese Prozesse geben zu Besorgnis Anlaß, weil ihnen Bestimmungen zugrunde liegen, die dem demokratischen Regime bisher weitgehend fremd waren.

Zu all dem kommt noch die derzeitige Lage bei der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI: Die ersuchte demokratische Reform der Gesellschaft läßt noch immer auf sich warten, im besonderen hinsichtlich einer demokratischen Kontrolle des Monopols, einer durchsichtigeren Regelung des Rechtes auf Inanspruchnahme von Rundfunk und Fernsehen sowie einer Dezentralisierung dieses Massenmediums, um die sozial, politisch und kulturell verschiedene Wirklichkeit der einzelnen Regionen wahrheitsgetreu darstellen zu können.

Die Rolle der Regionen - Sardinien stellt 600 Mill. Lire zur Gründung einer neuen Tageszeitung zur Verfügung

Unter diesem Gesichtspunkt dürfte eine regionale Gliederung — in unserem Fall auch eine provinziatale — am meisten Erfolg haben, da eine solche

zweifellos der neuen Wirklichkeit mit ihrer territorialen Autonomie am nächsten kommt.

Das wurde auch bei einer kürzlich in Cagliari abgehaltenen Tagung über die Rolle der Regionen auf dem Gebiet des Informationswesens nachdrücklich betont. Wie von den Vertretern der Region Trentino-Südtirol sowie der autonomen Provinzen Bozen und Trient festgestellt werden konnte, wurde bei dieser Tagung in einem wichtigen Punkt von der Nationalen Pressevereinigung, d.h. der Einheitsgewerkschaft der Journalisten, und den Vertretern der Regionen eine einheitliche Meinung vertreten: Bei jeder Gelegenheit wurde erklärt, daß das politische Gewicht der Regionen -- abgesehen von regionalen Maßnahmen zur Förderung neuer Informationsorgane -- jetzt im Rahmen des Gesamtstaates ausschlaggebend ist, da es unmittelbarer Ausdruck des Volkswillens und der territorialen Erfordernisse ist. Dieser Feststellung wurde der Wunsch angefügt, die Regionalpolitiker möchten sich tatkräftig für das Überleben einer wirklich freien Information einsetzen, da sich der Staat nur zögernd zu Taten entschließen kann.

Verglichen mit der gesamtstaatlichen Lage, fehlt es in Südtirol und dem Trentino derzeit nicht an der wünschenswerten Pluralität der Informationsorgane. Weit schlimmer ist die Lage in anderen Regionen, in denen man sich eine ähnliche Situation wie in den Provinzen Bozen und Trient (auch hier könnte noch manches verbessert werden) auch für die ferne Zukunft nicht ausmalen kann: drei täglich erscheinende Lokalzeitungen, die Lokalausgabe einer außerhalb der Region gedruckten Tageszeitung sowie eine Reihe von Rundfunk- und Fernsehnachrichtenssendungen in drei Sprachen.

Wo die Notwendigkeit, die Zahl der Informationsorgane zu erhöhen beziehungsweise das Pressemonopol zu brechen, am dringendsten erscheint, hat es bereits direkte Initiativen der Regionen gegeben. Die Region Sardinien wird beispielsweise einen Gesetzentwurf vorlegen, der beträchtliche Geldmittel (Kapitalausstattung, Zinszuschüsse und Bürgschaftsleistung) für die Schaffung einer neuen Tageszeitung vorsieht, die von einer Journalistengewerkschaft oder einer Körperschaft mit regionaler Befähigung verwaltet werden soll. Zur Verwirklichung des Vorhabens wird ein Startkapital von schätzungsweise 600 Millionen Lire nötig sein.

Die Region Kampanien hat einen ähnlichen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der von einem Startkapital von 500 Millionen Lire ausgeht. Die Region Aosta hat ein von diesen Grundsätzen abweichendes Gesetz verabschiedet, das jedoch von der Zentralregierung abgelehnt wurde. Das abgelehnte Gesetz sah vor, daß die Regionalverwaltung

die Kosten für Informationsblätter über die regionale Tätigkeit übernimmt, die den Tageszeitungen und anderen in Aosta veröffentlichten Publikationen beigelegt werden sollten. Während in der Region Emilia-Romagna ein Gesetzesvorschlag vorbereitet wird, soll in Sizilien in nächster Zukunft eine Vorlage behandelt werden, die auf massive Unterstützung von lokalen Verlagsanstalten abzielt (Rotationsfonds in Höhe von jährlich 200 Millionen Lire für die Dauer von fünf Jahren). Außerdem beinhaltet die Vorlage die Übernahme der Zinsen für die von den Verlagen aufgenommenen Darlehen, Verzicht auf den der Region zustehenden Steueranteil, Unterstützung durch Insertion, Werbung für eine möglichst weite Verbreitung der Pressezeugnisse, Begünstigungen für hermaterrane Abonnenten, Verträge zur Herabsetzung der Verteilungskosten und andere Maßnahmen.

Alle genannten und noch auszuarbeitenden regionalen Gesetzentwürfe wurden im Einvernehmen mit den regionalen Journalistengewerkschaften vorbereitet.

Alternativpresse in Südtirol und im Trentino soll gefördert werden

Im einzelnen schlägt die Gewerkschaft vor:

- a) daß die Region Trentino-Südtirol sowie die autonomen Provinzen Bozen und Trient nach dem Vorbild anderer Regionen vom Staat Maßnahmen verlangen, um das Informationswesen auf die gleiche Ebene zu heben wie die öffentlichen Dienste, um ihm das Überleben und die Meinungsfreiheit zu garantieren;
- b) daß die Region Trentino-Südtirol sowie die autonomen Provinzen Bozen und Trient ihren ganzen politischen Einfluß geltend machen, damit die Reform des Informationswesens -- Presse, Rundfunk und Fernsehen -- auf gesamtstaatlicher Ebene ohne weiteres Zögern unter die großen Ziele der noch zu verwirklichenden Verfassungsvorschriften aufgenommen wird.

Unter diesen Voraussetzungen wird weiters vorgeschlagen:

- daß Gesetzesmaßnahmen ausgearbeitet werden, aufgrund welcher die autonomen Lokalkörperschaften im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eine substantielle und progressive Bereicherung des Informationswesens in Südtirol und dem Trentino garantieren, indem sie die Schaffung oder Weiterentwicklung einer regelmäßig erscheinenden Alternativpresse als Ausdruck der aktivsten Kräfte in den beiden Provinzen ermöglichen;
- daß das Bedürfnis dieser Kräfte, über eigene regelmäßig erscheinende

Informationsorgane zu verfügen, befriedigt wird;

- daß die Erfüllung dieser Bedürfnisse den politischen Parteien, den Gewerkschaften, den Kulturkreisen, den Bezirks- und Talgemeinschaften, den religiösen Gemeinschaften und den völkischen Minderheiten zugesichert wird;
- daß die Begünstigungen auf diesem Gebiet von keinerlei politischen Interessen abhängig gemacht werden dürfen, sondern nach objektiven Richtlinien je nach Bedürftigkeit und Wert des jeweiligen Informationsorgans verteilt werden müssen, wobei der jeweils geleistete Beitrag zur Verbreitung der freien Meinung zu berücksichtigen ist;
- daß für diese Gesetzesmaßnahme Durchführungsbestimmungen erlassen werden, zu deren Ausarbeitung auch die Journalisten durch ihre Vertreter in der Gewerkschaft und in der regionalen Beratungskammer beigezogen werden.

Lokales Fernsehprogramm in Südtirol auch für die italienische Sprachgruppe?

Bezüglich der Probleme der Information über Rundfunk und Fernsehen schlagen wir vor:

- daß der Regionalrat trotz der spezifischen Kompetenzen der beiden Landtage einen Begehrensantrag stellt, in dem die Rolle der Regionen und der autonomen Provinzen bei der Neuordnung der Rundfunk- und Fernsehsendungen im Zuge der erwarteten RAI-Reform unterstrichen wird;
- daß die einzelnen Landtagsfraktionen bei der parlamentarischen Überwachungskommission darauf drängen, daß im Kalender der regionalen Fernsehsendungen längere Zeitabschnitte und günstigere Tageszeiten vorgesehen werden;
- daß im Rahmen der RAI-Reform die Möglichkeit lokaler Fernsehsendungen vorgesehen wird, wie dies bereits bei den Rundfunksendungen der Fall ist (wenn auch zu Tageszeiten, die nicht auf die Gewohnheiten der Bevölkerung abgestimmt sind);
- daß die Einrichtung einer italienischsprachigen Fernsehnachrichtenssendung für die italienischsprachige Bevölkerung in Südtirol verlangt wird, um die gleiche Behandlung der beiden Volksgruppen zu gewährleisten. Während nämlich in der Vergangenheit die in deutscher Sprache ausgestrahlten RAI-Sendungen in Südtirol dem Ziel dienten, ein Privileg der italienischen Volksgruppe aufzuwiegen, erscheint die Lage heute anders: Die deutsche Volksgruppe ist in der Lage -- in na-

her Zukunft auch formalrechtlich -- drei deutschsprachige Programme aus dem Ausland (Österreich, Bundesrepublik Deutschland u. Schweiz) sowie ein lokales Programm zu empfangen. Die italienische Volksgemeinschaft scheint daher deutlich benachteiligt zu sein.

Tagespresse in die Schulen!

Was die Tagespresse betrifft, schlagen wir vor, daß die autonomen Körperschaften ergänzend zu den noch ausstehenden Maßnahmen des Staates alle ihnen aufgrund des Autonomiestatus zustehenden Befugnisse nutzen, um deren Überleben zu sichern und so ein kulturelles Bedürfnis zu befriedigen. Im besonderen möchten wir ersuchen, daß die Lokalkörperschaften Maßnahmen (auch Gesetzesmaßnahmen) ergreifen, um zu garantieren:

- daß die Tageszeitungen in den Schulen (auch zu Unterrichtszwecken), in den öffentlichen Kantinen, in den Lesesälen und Bibliotheken sowie in den Vereinssälen stärkere Verbreitung finden;
- daß die Schaffung neuer Verkaufsstellen gefördert wird;
- daß der Transport der Zeitungen erleichtert wird;
- daß die Verbreitung der lokalen Zeitungen unter den Heimmaternen finanziell unterstützt wird;
- daß den lokalen Zeitungen ein Teil der Werbung seitens Körperschaften mit regionaler oder provinzieller Beteiligung zugewandt wird.

20 Mill. Lire für „Dolomiten“

Zu Jahresende wurden im Amtsblatt der Republik die Durchführungsbestimmungen zum Staatsgesetz Nr. 307 vom 6. Juni 1973 veröffentlicht, das Maßnahmen zugunsten der Zeitungsverleger und Nachrichtenagenturen für 1972 vorseht. Die Zeitungsherausgeber erhalten eine Zuwendung von insgesamt sechs Milliarden Lire. Als Verteilungsschlüssel dient der Papierverbrauch der einzelnen Tageszeitungen und Nachrichtenagenturen im Jahre 1972. Zeitungen mit einem Papierverbrauch bis zu 750 Tonnen im Jahr erhalten einen Zuschuß von 52 Lire je Kilogramm; Zeitungen mit einem jährlichen Papierverbrauch von 751 bis 1500 Tonnen wird ein Zuschuß im Ausmaß von 28 Lire pro Kilogramm ausbezahlt; Zeitungen mit einem Papierverbrauch zwischen 1501 und 3000 Tonnen erhalten für jedes Kilogramm 15,15 Lire Zuschuß.

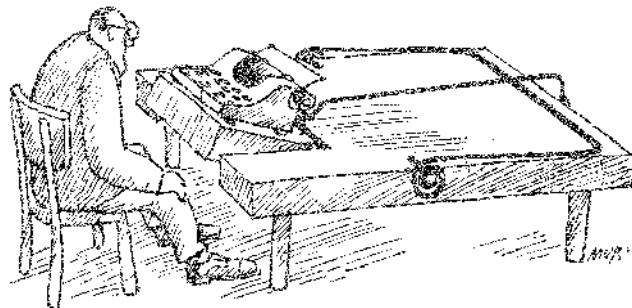
Die Tageszeitung „Dolomiten“, für deren Herstellung pro Monat zwischen 500 und 600 Zentner Papier benötigt werden, kann aufgrund des erwähnten Gesetzes mit einem Zuschuß in Höhe von schätzungsweise 20 Millionen Lire rechnen.

Frage an das Südtiroler Kulturinstitut

Am Antrag des Parlamentsabgeordneten Dr. Karl Mitterdorfer wurde auf der Vollversammlung des SKI vor zwei Jahren beschlossen, in einem ei-

genen Arbeitskreis Fragen der Pressesituation in Südtirol zu behandeln. Da von einer Konstituierung desselben beziehungsweise einer konkreten Tätigkeit bisher nichts bekannt wurde, stellen wir hier die Frage an den Ausschuß des SKI, was er in dieser Frage zu uns bedenkt.

Freiheit,
die ich
meine...



Zitate

„Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zog auch in Südtirol die Pressefreiheit wieder ein. Jeder, der will und einige formalrechtliche Voraussetzungen erfüllt, kann seitdem in Südtirol Zeitungen und Zeitschriften nach Herzenslust herausgeben.“

Toni Ebner, XII. Studienragung der Südtiroler Hochschülerschaft

„Neben der (einzigen deutschsprachigen) Tageszeitung Südtirols „Dolomiten“, deren hohes Niveau besonders im Ausland immer wieder Anerkennung findet, erscheinen im Athesia-Verlag zwei Wochenblätter (...), eine Halbmonatszeitschrift (...) und zwei Monatszeitschriften (...).“

Toni Ebner in „Der Schlerer“ Nr. 4/5 1967, S. 259

„Aber auch organisationsgebundene oder politische Oppositionsschriften tragen zur freien Meinungsbildung, Klärung von Ideen, zur Diskussionsreife bei und können unter gewissen Voraussetzungen als Schulung zur Demokratie im Kleinen wie auch zur Förderung der Achtung vor der Anschauung Andersdenkender dienen.“

Toni Ebner in „Der Schlerer“ Nr. 4/5 1967, S. 260

Memorandum an den Assessor für Schule und Kultur

Der Ausschuß der Südtiroler Hochschülerschaft hat bei der Sitzung am 21. Dezember 1973 vor allem folgende dringend zu lösende Probleme wiederum festgesetzt:

- Beauftragung einer Person für Studentenerkennungsangelegenheiten;
- Einberufung der österr.-ital. Expertenkommission zur Behandlung weiterer Anerkennungsmodalitäten (z. B. Magistertitel in Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Musikwissenschaften, Pharmazie; auch Medizin);
- Anerkennung bundesdeutscher Studientitel (zunächst über München und Padua);
- Verantwortlich der Anerkennung der verschiedenen Berufstitel (auch Spezialstudien von Akademikern) zwischen Österreich und Italien;
- Beschleunigung der Anerkennungsprozedur (Ausschalten des Außen- und Unterrichtsministeriums; Anerkennung nur über eine frei zu wählende Universität);
- Regelung der Schwierigkeiten, die durch Nichtbeachtung des Abkommens über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse bei der Inskription in Österreich entstehen;
- Quantitative und qualitative Erhöhung der Landesstipendien;
- Unverzügliche Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen zur Ausdehnung des ital. Staatsstipendiums (presalario) auch auf Südtiroler Studenten im deutschsprachigen Ausland; Verteilung des „presalario“ über eine Landesstelle;
- „Taxenbefreiung“ an den ital. Universitäten auch für solche, die das Landesstipendium oder jenes vom Deutsch-Italienischen Kulturinstitut bekommen;
- Vertretung von Studenten und Oberschülern im Landesschulbeirat;
- Genaue Studentenstatistik (für die ständige Planung der Akademikerberufe);
- Errichtung einer Stelle zur Forschung, zur Aus- und Weiterbildung des Bilinguismus (vgl. SH-Studententagung 1973, in: SKOLAST, Nr. 3, November 1973, 18. Jg.);
- Notwendigkeit einer eigenen Universität in Bozen (die Form muß noch diskutiert werden).

Diese 13 Punkte sind je Problembereich für sich und sind großteils schon wiederholt ausführlich vorgebracht worden. Da aber die Entscheidungskompetenz ausschließlich bei den politischen Gremien liegt, fordert der Ausschuß der Südtiroler Hochschülerschaft wiederum, daß die zuständigen politischen Stellen, vor allem der Assessor für Schule und Kultur, die hier zusammengefaßten Probleme nicht nur einsehen, sondern sich auch für deren positive Lösung tatkräftig einsetzen.

Der Ausschuß der Südtiroler Hochschülerschaft

„Presalario“ fürs Ausland

Die beiden Kammern in Rom verabschiedeten im November/Dezember vergangenen Jahres ein Gesetz, das eine Erweiterung der Vergabe des italienischen Staatsstipendiums (= presalario, zur Zeit in der Höhe von 500.000 Lire pro Jahr) vorsieht. Diese Bestimmung, die unter die „Sofort-Maßnahmen zur Universitätsreform“ fällt, sagt grundsätzlich, daß jeder italienische Staatsbürger sich auch um den „presalario“ bemühen kann, wenn er an einer Universität studiert, deren Sprache in Italien als Minderheitensprache anerkannt ist. Weiter heißt es, daß der Minister die einschlägigen Bestimmungen erlassen wird.

Dieses Gesetz sah ursprünglich nur vor, daß die sprachlichen Minderheitsgruppen Italiens, also Südtiroler, Aostaner und Friulaner, im Ausland in ihrer Muttersprache studieren und sich um ein Stipendium bewerben können. Nun ist es auf alle italienischen Staatsbürger erweitert worden.

Für uns ist dieses Gesetz besonders bedeutend, da die Hälfte der Studenten im deutschsprachigen Ausland studiert. Es wird aber für unsreinen auch möglich sein, sich um das italienische Staatsstipendium zu bewerben, wenn er an einer französischen oder slovenischen Universität studiert.

Das Anliegen der SH und auch das unserer Parlamentarier ist es, bei den Durchführungsbestimmungen zur Realisierung dieses Gesetzes folgendes durchzusetzen: die Geldmittel sollen proportional zur Studentenzahl vom Staat auf das Land überwiesen werden und von da aus einheitlich verteilt werden. Diese Vorstellung ist nicht ganz unrealistisch, wenn man weiß, daß in Italien die Kompetenz in der Stipendienvergabe auf die Regionen übergehen soll.

Wir wären überdies noch im Vorteil (beispielsweise Trient gegenüber), daß die Provinz diese Geldmittel des Staates vom eigenen Etat her aufstocken könnte. Auch wäre es vorstellbar, daß Österreich und deutsche Bundesländer durch Zusatzstipendien weiterhin Südtiroler anziehen und die höheren Lebenshaltungskosten so weitmachen.

Erwähnt werden muß noch, daß dieses oben erwähnte und verabschiedete Gesetz bis jetzt noch immer nicht in der „Gazzetta Ufficiale“ veröffentlicht ist; an dessen Richtigkeit und Gültigkeit besteht jedoch kein Zweifel.

Viele werden nun interessiert sein, wann zu diesem Gesetz die Durchführungsbestimmungen kommen werden und wie lange es noch dauert, bis dieses Gesetz in Kraft tritt. Man weiß es nicht. Möglicherweise schon im Herbst 1974.

Diese Informationen erhielt ich von Abgeordneten Dr. Mitterdorfer bei einem Gespräch am 19. Jänner 1974.

Sepp Kofratscher

Promotionen

AGETHLE Oswald, Schleis	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Kriterien der Strafzumessung im Österreichischen Strafrecht.“
BERTOLDI Rudolf, Gargazon	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Rudolf Hagenstanges ethnische und kritische Stellung gegenüber seiner Zeit.“
CASTLUNGER Peter, St. Lorenzen	Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Bauingenieurwesen, an der Technischen Hochschule Graz.
DEJACO Gebhard, Brixen	Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Wesen und Wichtigkeit einer Fremdenverkehrspolitik in Südtirol.“
EGGER Ehrentrand, Meran	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona.
EGGER Eva, Bozen	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Erich Kästner als satirischer Autor.“
EGGER Hildegard, Meran	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona.
EINK Karl, Villaanders	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Mathematisch-Physik, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Über den Affinkrümmungsmittelpunkt bei ebenen Bewegungen.“
GELMI Josef, Bozen	Promotion zum Doktor in Kirchengeschichte an der Päpstlichen Universität Gregoriana Rom. Dissertationsthema: „La segreteria di Stato sotto Benedetto XIV (1740-1758).“
GOLSER Karl, Tscherms	Promotion zum Doktor der Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana Rom. Dissertationsthema: „Gewissen und objektive Sittenordnung.“
GÜNSCH Josef, Sils	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Biologie, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Vergleichende ökologische Untersuchung von Kleinstandorten im Bereich der subalpinen Zirben-Waldgebiete.“
KIEM Sepp, Algund	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Florenz. Dissertationsthema: „Lo status giuridico dei soci di cooperative di produzione.“
KLOTZNER Berta, Dorf Tirol	Promotion zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „La tutela del paesaggio nella Provincia di Bolzano — Problemi giuridico-amministrativi.“
MÜLLER Herbert, Schlanders	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Bologna.
OBERKOFLER Norbert, St. Johann/Alten	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
PEER Thomas, Bozen	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geographie, an der Universität Salzburg. Dissertationsthema: „Die Edlebernwälder am Ritten in räumlicher und ökologischer Beziehung.“
PLATTER P. Bruno Johann, Untertien/Ritten	Promotion zum Doktor der Theologie an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Die Begründung des Mischehenverbotes. Eine theologische und rechtsgeschichtliche Untersuchung.“
POMELLA Gottlieb, Kurtatsch	Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Considerazioni sull'apprendistato in Alto Adige nel decennio 1960/1970.“
PUTZER Josef, Vahrn	Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Architektur, an der Technischen Hochschule Wien.
SCHGAGLER Margareth, Seis	Promotion zum Doktor der Biologie an der Universität Florenz.

THEINER Erich,
Triol

TORGGLER Heinrich,
Meran

TREBO Walter,
Bozen

TROMPEDELLER Isidor,
Tiers

WALZI Roland,
Fecles

WEISS Martin,
U. I. F. S. U. W.

WIHNER Johann,
Bozen

Graduiert zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Elektrotechnik, an der Technischen Hochschule Graz.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Sozialwissenschaften an der Universität Triest/Linz. Dissertationsthema: „Erwachsenenbildung als Sozialisationsfaktor.“

Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Maschinenbau, an der Technischen Universität München. Diplomarbeit: „Systemdenken, ein Hilfsmittel für moderne Untersuchungs- und Planungsmethoden.“

Graduiert zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Elektrotechnik, an der Technischen Hochschule Graz. Diplomarbeit: „Numerische Feilberechnung einer Hängekranz mittels der Methode der Endlichen Elemente.“

Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Condizioni e prospettive delle imprese tessili in Italia.“

Prämierung von Doktorarbeiten

Der Verband der Industriellen der Provinz Bozen schreibt einen Wettbewerb unter den in Südtirol ansässigen Akademikern aus, die in den akademischen Jahren 1971/72 und 1972/73 promoviert wurden und als Themen für die Dissertation allgemeine betriebswirtschaftliche Fragen über Industrie, Technik oder Argumente gewählt haben, die mit der Industrie unserer Provinz zusammenhängen.

Es stehen Preise in Höhe von 500.000, 300.000, 200.000, 150.000 und 100.000 Lire zur Verfügung.

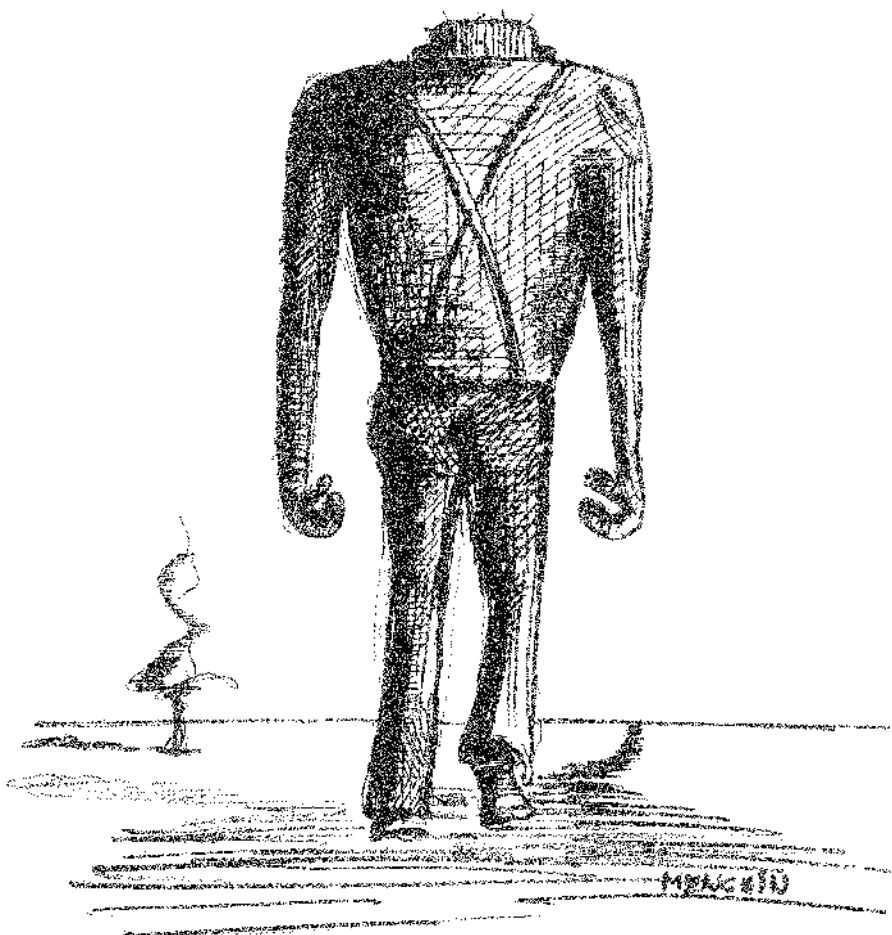
Bewerber müssen die Doktorarbeit in dreifacher Abschrift, belegt mit der Besätigung über den erlangten Doktorgrad und der Ansässigkeitsbescheinigung, alles vom Sekretariat der Universität beglaubigt, an der das Doktorat erreicht wurde, mittels Einschreibbriefs bis spätestens 31. Mai 1974 an den Verband der Industriellen der Provinz Bozen - Wettbewerb für Doktorarbeiten - Freiheitstraße 15, 39100 Bozen, einreichen.

Forschungsstipendien

Über das italienische Außenministerium werden auch im akademischen Jahr 1974/75 wieder Stipendien vergeben, die von zahlreichen europäischen und außereuropäischen Staaten zur Verfügung gestellt wurden. Es handelt sich vorwiegend um Forschungsstipendien für Akademiker.

Die Ausschreibung kann im Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft eingesehen oder beim Ministero degli Affari Esteri, Direzione Generale per la Cooperazione Culturale, Scientifica e Tecnica, Ufficio IX, 00195 Rom, angefordert werden.

Das Argentin



Inhalt

- 1 *Elmar Locher*: Ausbildungssysteme und Wirtschaft
- 3 *Klaus Reider*: Gesellschaft und Schule
- 6 Supplentengesetz und Lehrbefähigung — Gespräch mit
Dr. Roland Mailänder
- 8 *A.L.*: Collocazione sociale degli insegnanti
s.k.: Die 5 hauptsünden der wähler
- 9 *Anna Kußtatscher*: LBA - Klassikfimmel statt Praxis-
bezug
Militäraufschub für Studenten
- 10 *Karl Schwienbacher*: Die rechtshistorische Staatsprü-
fung
Franz-Josef Spinell: Was ist AIESEC?
- 11 Arbeitsangebote für Akademiker
- 12 *Elmar Waibl*: Chile-Retrospektive
- 13 Dissertantenbeihilfe für das Akademische Jahr 1973/74
- 14 *Sepp Kußtatscher*: SH-Information
- 15 *Walter Fill/Gottfried Solderer*: Massenmedien oder
Monopolmedien?
- 18 Memorandum an den Assessor für Schule und Kultur
„Presalario“ fürs Ausland
- 19 Promotionen
- 20 Prämierung von Doktorarbeiten — Forschungsstipen-
dient

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: ELMAR LOCHER
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Anzeigenpreis, die 60 mm breite Zeile Lire 60

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 300

Abonnement: Italien Lire 1500
 Österreich 3S 70
 Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayrische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni 1956
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%
